

# Mensch & Politik

Dr. Silke Launert



LESEN SIE AKTUELLES AUS BERLIN UND DER REGION BAYREUTH-FORCHHEIM

Mensch & Politik  
GESAMTAUSGABE 21 - 2021

## Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist kein einfaches Jahr, das hinter uns liegt. Ein Jahr, das viele Überraschungen bereithielt. Ein Jahr, das geprägt war von Höhen und Tiefen, von Veränderung und Neuanfängen. Für uns als Union hieß es vor einigen Wochen, von der Regierung in die Opposition zu wechseln. Eine Aufgabe, die wir aktiv und konstruktiv ausfüllen werden. Denn auch wenn unsere Rolle für die kommenden Jahre auf Bundesebene eine andere sein mag: Die Stimme der Union wird dringend gebraucht!

Der Start der neuen Ampel-Koalition war nicht optimal, ganz besonders nicht in Bezug auf den Umgang mit der Corona-Pandemie. Zugegebenermaßen waren die Startbedingungen aber auch keine einfachen. Denn seit dem Herbst hat uns Corona erneut fest im Griff. Bereits seit längerem mache ich mir Gedanken über die Stimmung in unserem Land, über die Unzufriedenheit und fortschreitende Spaltung der Gesellschaft. Derzeit entzündet sich diese Debatte vor allem rund um das Thema Impfpflicht. Doch für mich ist das Kernproblem woanders verortet. Es geht um etwas Tieferes. Etwas, das bereits länger unter der Oberfläche geschweht hat. Das Vertrauen, so habe ich den Eindruck, ist in den vergangenen Jahren Schritt für Schritt immer weiter verloren gegangen. Hierin liegt meiner Ansicht nach der Auslöser für die zutage tretende Unzufriedenheit. Auch

wenn die in politischer Verantwortung stehenden Personen nicht immer alles richtig machen, sehe ich trotz alledem, dass die allermeisten von ihnen tagtäglich ihr Bestes geben, das Für und Wider sorgsam abwägen und auf dieser Basis ihre Entscheidungen treffen. Wir können und dürfen also trotz der Kenntnis darüber, dass wir als Menschen unzulänglich sind, vertrauen.

Dabei dürfen wir auch nicht vergessen, dass Vertrauen die Basis für eine funktionierende Demokratie ist. Und diese ist ohne Zweifel die beste aller Staatsformen, auch wenn mit ihr große Herausforderungen einhergehen. In einer Demokratie müssen sich politische Parteien voneinander abgrenzen. Ihre Existenz ist davon abhängig, Menschen für sich und ihre Positionen einzunehmen. Damit verbunden sind Zuspitzungen und leider, auch das ist immer häufiger zu beobachten, werden für den eigenen Nutzen vermehrt Unwahrheiten verbreitet. Parteienzersplitterung, Radikalisierung, Hass und Hetze – auch diese Begriffe sind Bestandteil der Zustandsbeschreibung der aktuellen politischen Lage. Ich habe angesichts dieser Entwicklungen die Sorge, dass wir uns bereits jetzt in einer Situation befinden, die Parallelen zur Weimarer Zeit aufweist. Im Gegensatz zu damals haben wir aber heute zum Glück eine gefestigte Demokratie. Die Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus sowie

aus der Zeit der DDR haben uns gelehrt, in welche Abgründe uns die Abkehr von demokratischen Grundsätzen führen kann.

Dank der Demokratie dürfen wir seit rund 70 Jahren in Frieden leben. Dank der Demokratie konnten wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen stattfinden und sich individuelle sowie gesellschaftliche Freiheit entfalten. Dank der Demokratie muss man nicht zur Mehrheitsgesellschaft gehören, um geschützt und sicher zu leben. Die allermeisten Menschen in diesem Land sind sich dessen bewusst und wollen unser demokratisches System erhalten. Und es lohnt sich, tagtäglich dafür einzutreten – sei es auf öffentlicher Bühne oder auch im persönlichen Umfeld. Es lohnt sich: Für jeden von uns, für uns als Gesellschaft, aber vor allem für unsere Kinder, die auch 70 Jahre und mehr in Frieden leben sollen.

**In diesem Sinne wünsche ich Ihnen von Herzen ein friedliches und besinnliches Weihnachtsfest, ein frohes neues Jahr sowie Gottes reichen Segen.**

Ihre Silke Launert



## Bundestagswahl 2021: Dr. Silke Launert zieht erneut in den Bundestag ein



**Berlin/Bayreuth.** Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert hat es wieder geschafft. Mit einem hervorragenden Erststimmenergebnis von 42,4 Prozent zog die Direktkandidatin zum dritten Mal für den Wahlkreis Bayreuth-Forchheim in den Deutschen Bundestag ein. Dazu sagte die Abgeordnete kurz nach ihrer Wiederwahl:

„Danke für das Vertrauen zu 42,4 Prozent Erststimmenergebnis und damit über 8 Prozent mehr als die Zweitstimme im Wahlkreis! Ich freue mich wirklich sehr darüber und vielen Dank an alle, die mich im Wahlkampf, in meinem Büro und privat so unterstützt haben!“

Ihr gutes Ergebnis habe sie vor allem den Wählern im Landkreis zu verdanken, sagt Launert. Dort fuhr die Abgeordnete 46,3 Prozent ein. In der Stadt waren es 34,1 Prozent. Mit der Wahlparty am 26. September in Engin's Ponte in Bayreuth ging für Launert ein harter und intensiver Wahlkampf im Pandemiejahr zu Ende. Ein Wahlkampf, in dem sie zwar nicht so viel vor Ort sein konnte wie gewünscht, dennoch aber mit zahlreichen Veranstaltungen wie der Zuhörtour, Verteilaktionen mit den Ortsverbänden, Vorträgen und Ministerbesuchen bei den Wählern mit Erfolg um ihre Stimme warb. „Aufgrund der Corona-Krise konnten leider weniger Veranstaltungen als ursprünglich geplant direkt vor Ort abgehalten werden. Durch das Ausweichen auf entsprechende Online-Formate war es uns aber trotz der Ausnahmesituation möglich, zu zahlreichen Gesprächen mit hochkarätigen Gästen einzuladen“, so Launert.

Fest steht: Launert wird die Interessen der Bürgerinnen und Bürger aus ihrem Wahlkreis mit Freude auch in den kommenden vier Jahren vertreten, ein offenes Ohr für ihre Anliegen, Ängste und Sorgen haben, diese ernst nehmen und ihre Stimmen weitertragen.



## Neuer Bundestag konstituiert sich

**Berlin.** In seiner konstituierenden Sitzung am 26. Oktober hat der 20. Deutsche Bundestag die Abgeordnete Bärbel Bas (SPD) zu seiner neuen Präsidentin gewählt. Bas, die damit das Amt von Dr. Wolfgang Schäuble (CDU) übernimmt, erhielt in geheimer Abstimmung 576 von 724 Stimmen bei 90 Gegenstimmen und 58 Enthaltungen. Zur Vizepräsidentin wurde unter anderem die Unionsabgeordnete Yvonne Magwas gewählt. Ebenfalls in das Amt der Vizepräsidentin gewählt wurden Aydan Özoğuz (SPD), Claudia Roth (Bündnis 90/Die Grünen) und Petra Pau (Die Linke). Zum Vizepräsidenten gewählt wurde der FDP-Politiker Wolfgang Kubicky. Nicht gewählt wurde hingegen der von der AfD vorgeschlagene Thüringer Prof. Dr. Michael Heinz Kaufmann.

Die neue Bundestagspräsidentin verwies in ihrer ersten Rede im neuen Amt auf ihre Amtsvorgängerinnen Annemarie Renger (SPD), welche im Jahr 1972 als erste Frau das Amt der Bundestagspräsidentin innehatte, sowie auf Rita Süssmuth (CDU), welche von 1988 bis 1998 als Bundestagspräsidentin den Bundestag nach außen vertrat. Bas plädierte in ihrer Ansprache zudem dafür, eine neue Bürgernähe zu entwickeln. Sie appellierte an die Abgeordneten, vor allem auch auf die Bürgerinnen und Bürger zuzugehen, die sich von der Politik seit langem nicht mehr angesprochen fühlten, die sich von der Politik abgewandt und das Gefühl hätten, nicht wahrgenommen zu werden. Hass und Hetze, so stellte die neue Bundestagspräsidentin zudem ausdrücklich klar, hätten im Parlament keinen Platz. Bis zur Übergabe an Bas hatte der bisherige Amtsinhaber Wolfgang Schäuble die Sitzung geleitet. Er war von den Parlamentariern als dienstzeitältestes Mitglied des Deutschen Bundestages zum Alterspräsidenten gewählt worden. Der Alterspräsident übernimmt traditionell die Leitung der ersten Sitzung des Parlaments, bis die neue Bundestagspräsidentin / der neue Bundestagspräsident gewählt ist. Zuvor hatte die AfD beantragt, dass in der ersten Sitzung des Bundestages das an Jahren älteste Bundestagsmitglied den Vorsitz als Alterspräsident übernehmen solle. Dieser Antrag war indes von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden. Wäre der Antrag angenommen worden, hätte nicht Wolfgang Schäuble, sondern der AfD-Bundestagsabgeordnete Dr. Alexander Gauland die Sitzung eröffnet.

Gegen die Stimmen der AfD hatte der Bundestag zudem die Anwendung der 3 G-Regel („getestet“, „genesen“, „geimpft“) für die konstituierende Sitzung beschlossen. Noch-Bundeskanzlerin Angela Merkel nahm ebenso wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und die frühere Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süssmuth auf der Ehrentribüne an der Sitzung teil.

Bevor Wolfgang Schäuble sein Amt an die neue Bundestagspräsidentin abgab, wandte auch er sich an die wieder- und neugewählten Abgeordneten und blickte auf die vergangenen Monate und Jahre zurück. Dabei ging er auch auf die Corona-Pandemie ein. Im Großen und Ganzen sei es gelungen, auch unter enormem Entscheidungsdruck kontroverse Debatten zu führen und widerstrebende Werte und Interessen gegeneinander abzuwägen. Die parlamentarische Demokratie habe eine beispiellose Bewährungsprobe bestanden. Zudem hob Schäuble die Bedeutung der repräsentativen Demokratie hervor. Dieser gelinge es nicht nur, mobilisierbare Interessen zu vertreten, sondern auch widerstrebende Interesse auszugleichen. Dazu brauche es, so Schäuble weiter, ein selbstbewusstes Parlament und selbstbewusste Parlamentarier.

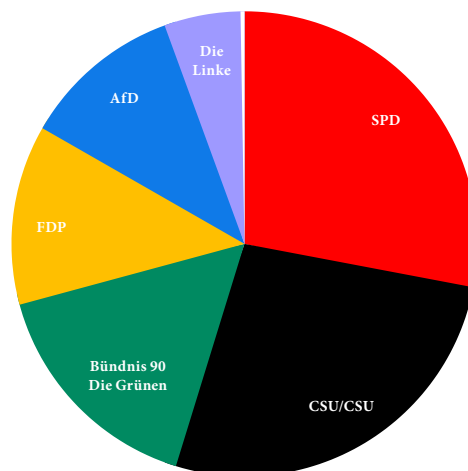
### Die Zusammensetzung des neuen Bundestages:

**Insgesamt: 736 Sitze**

(dies sind 39 Sitze mehr als der alte Bundestag hatte)

Die Sitze verteilen sich wie folgt:

SPD:	<b>206 (+ 54)</b>
CDU/CSU:	<b>197 (-48)</b>
Bündnis 90/Die Grünen:	<b>118 (+51)</b>
FDP:	<b>92 (+12)</b>
AfD:	<b>82 (-5)</b>
Die Linke:	<b>39 (-30)</b>
Fraktionslos:	<b>2 (-7)</b>



## Silke Launert vertritt CSU im Haushalts- und Innenausschuss

**Berlin.** Neue Wahlperiode, neue Aufgaben: Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert ist in der 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ordentliches Mitglied im Ausschuss für Inneres und Heimat und im Haushaltsausschuss. Dazu erklärt die Bundestagsabgeordnete:

„Ich freue mich sehr, die CSU in dieser Legislaturperiode im Haushalts- und Innenausschuss zu vertreten. An der Arbeit im Haushaltsausschuss reizt mich besonders der umfassende Blick, welchen man auf sämtliche politischen Ressorts erhält. Denn letztlich laufen in diesem Ausschuss alle Fäden zusammen. Als ehemalige Staatsanwältin freue ich mich zudem darauf, im Innenausschuss meinen Beitrag dazu zu leisten, dass wir in Deutschland auch in den kommenden vier Jahren eine Politik des starken und konsequenten Rechtsstaats verfolgen und eine Balance zwischen Humanität und Ordnung in unserem Land garantieren. Ein Blick auf den Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung zeigt, dass es eine starke Innenpolitik der Union braucht, um einem Linksruck entgegenzuwirken!“

## Corona-Pandemie: Union kritisiert zögerliches Handeln der neuen Regierung



**Berlin.** Erst wenige Wochen ist es her, dass die Ampel-Parteien, die zu diesem Zeitpunkt in Verhandlungen waren, aber noch keine Regierung bildeten, in einer Pressekonferenz bereits von einem deutschen „Freedom-Day“ redeten. Mit anderen Worten: Es wurde in Aussicht gestellt, dass die Corona-Maßnahmen in weiten Teilen entfallen sollten. Nur einige wenige Maßnahmen, wie etwa das Einhalten von Abstand und das Tragen von Masken, sollten weiter gelten. Und das, obwohl bereits zu diesem Zeitpunkt absehbar war, dass die Infektionszahlen wieder anwachsen würden. „Die FDP wollte ihren Wählern einen Gefallen tun. Und die beiden anderen, SPD und Grüne, haben zur Erhaltung des Friedens zwischen den Koalitionären mitgemacht“, kritisiert die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Silke Launert dieses Vorgehen und fügt hinzu: „Das ist der Unterschied zum Wahlkampf: Man muss für das gesamte Land und nicht nur seine eigene Wählerschaft Verantwortung übernehmen. Das erfordert mitunter auch schwere Entscheidungen und schmerzliche Kompromisse. Aber wer Regierungsverantwortung übernehmen will, muss an alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes denken.“

Letztlich wurden die Überlegungen der Ampel durch die aktuellen Entwicklungen überholt. Wie von den Experten zuvor angekündigt, explodierten die Infektionszahlen. Im Deutschen Bundestag wurde daraufhin eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes verabschiedet. Zugleich hat die Ampel die epidemische Lage von nationaler Tragweite aber auslaufen lassen. Aus Sicht der Union war dies ein gravierender Fehler und das völlig falsche Signal. Den Antrag der CDU/CDU-Bundestagsfraktion auf eine weitere Feststellung des Fortbestands der epidemischen Lage wurde vonseiten der Regierungsfractionen abgelehnt.

„Um sich treu zu bleiben, ist die Ampel zwar bei ihrer Entscheidung geblieben, die epidemische Lage von nationaler Tragweite abzuschaffen. Auf Druck der Union und der medialen Berichterstattung ist aber wenigstens der Maßnahmenkatalog erweitert worden. Die Endfassung des Gesetzentwurfs enthielt dann zumindest deutlich mehr als der Ursprungsentwurf. Nichtsdestotrotz ist das aus unserer Sicht weiterhin zu wenig“, so Launert. Bestandteil der Gesetzesverschärfung ist unter anderem die Einführung der 3G-Regel am Arbeitsplatz, die Testpflicht in Pflege- und Altenheimen sowie die Geltung der 3 G-Regel im Nah- und Fernverkehr sowie im innerdeutschen Flugverkehr.

Dass auch diese Maßnahmen perspektivisch die aktuelle Corona-Welle nicht würden brechen können, war jedoch bereits bei Verabschiedung des Gesetzes absehbar. Wenig später musste daher auch wieder nachgebessert werden. Anfang Dezember hat der Deutsche Bundestag daher eine einrichtungsbezogene Impfpflicht beschlossen. Künftig müssen Personen, die in bestimmten Einrichtungen des Gesundheitswesens tätig sind, etwa in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen, geimpft oder genesen sein oder ein ärztliches Zeugnis über das Bestehen einer Kontraindikation vorlegen. Dem Personal in Gesundheitsberufen und Berufen, die Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen betreuen, komme eine besondere Verantwortung zu, da es intensiven und engen Kontakt zu Personengruppen mit einem hohen Infektionsrisiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf habe, heißt es in der zugehörigen Gesetzesbegründung. Darüber hinaus wurde der Kreis der Impfberechtigten ausgeweitet: Künftig dürfen auch Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker vorübergehend Impfungen gegen das Corona-Virus verabreichen, sofern sie entsprechend geschult sind.

Verschärft wurde außerdem die erste Verordnung der Bundesregierung zur Änderung der Covid-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung. Den Ländern wird mit der Verordnung die Möglichkeit eröffnet, abweichend von den bisherigen Regelungen die Anzahl von Personen bei privaten Zusammenkünften oder bei ähnlichen sozialen Kontakten auch im Hinblick auf geimpfte und genesene Personen zu begrenzen, wenn dies aus Gründen des Infektionsschutzes gerechtfertigt ist. Die neue Regelung in der Verordnung sei ein Rückrudern der Ampel, das mit der richtigen Entscheidung vor ein paar Wochen hätte vermieden werden können, so die Kritik von CDU und CSU.

Silke Launert geht davon aus, dass in diesem Winter erneut nachgebessert werden müsse und merkt abschließend an: „Ein beherztes Handeln vor einigen Wochen hätte vieles verhindern können.“

## Zweiter Nachtragshaushalt Scharfe Kritik der CSU: „Ampel versucht, Schuldenbremse zu umgehen!“

**Berlin.** Die Bundesregierung hat Mitte Dezember den zweiten Nachtragshaushalt auf den Weg gebracht. Vorgesehen ist, dass Kreditermächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro, welche in diesem Jahr aufgrund der Corona-Notlage genehmigt, jedoch nicht benötigt wurden, in einen Nebenhaushalt fließen sollen. Die Mittel, welche nun in den sogenannten „Energie- und Klimafonds“ verschoben werden sollen, dienen laut Bundesfinanzminister Lindner dazu, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie nachhaltig zu bewältigen und einen kraftvollen Aufbruch in eine klimaneutrale und digitale Zukunft Deutschlands zu starten.

CDU und CSU kritisieren dieses Vorgehen scharf und sehen in der Verschiebung der Mittel in den Nebenhaushalt eine Umgehung der verfassungsrechtlichen Vorgaben zur Schuldenbremse. Die

Mittel seien für die Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie aufgenommen worden und dürften auch nur für diesen Zweck verwendet werden. Sie nun für die Aufstockung der Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels zu nutzen, stehe nicht im Zusammenhang mit diesem Zweck und diene lediglich dazu, die finanziellen Lücken zu stopfen, welche die Ampel durch ihre Koalitionsversprechen geschaffen habe. Es fehle der Zusammenhang zur Notsituation, wie ihn das Grundgesetz im Falle des Überschreitens der Schuldenbremse erfordere. Die einschlägigen Regelungen sehen vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen sind. Ausnahmen bestehen laut der Verfassung nur im Falle von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Notsituationen. In einer solchen Lage, die sich der Kontrolle des Staates entzieht und die staatliche

Finanzlage erheblich beeinträchtigt, können die Kreditobergrenzen aufgrund eines Beschlusses der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages überschritten werden. Erforderlich ist aber ein Zusammenhang zwischen der Bekämpfung der Folgen der Notsituation und den zusätzlich aufgenommenen Mitteln. Die Unionsfraktion schließe für den Fall, dass der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form vom Bundestag beschlossen werde, auch eine Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht nicht aus, so die Fraktionsspitze.

Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, welche die CSU als ordentliches Mitglied im Haushaltsausschuss vertritt, kritisiert die Ampel-Pläne mit deutlichen Worten:

„Es ist wirklich unglaublich, was für eine 180-Grad-Drehung Christian Lindner in den vergangenen zwei Monaten hingelegt hat. Noch vor wenigen Wochen hat er die Große Koalition im Hinblick auf den Nachtragshaushalt massiv kritisiert und sich für eine solide Finanzpolitik ausgesprochen. Und nun, seit wenigen Tagen im neuen Amt, sollen 60 Milliarden Euro einfach in einen Nebenhaushalt verschoben werden, um zu kaschieren, dass es an einer Gegenfinanzierung der Versprechungen der Ampel-Koalition fehlt. Das ist das absolute Gegenteil einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik! Die Mittel sind allein für die Bekämpfung der Folgen der Pandemie vorgesehen. Die Verfassung gibt uns an dieser Stelle eine klare Vorgabe! Dieses Verschieben in einen Schattenhaushalt zur Umgehung der Schuldenbremse zerstört nachhaltig das Vertrauen der Menschen in einen finanziell verantwortungsvoll handelnden Staat!“

## Corona-Wirtschaftshilfen: Bundestag verlängert Wirtschaftsstabilisierungsfonds

**Berlin.** Der Deutsche Bundestag hat mit der Mehrheit von SPD, der Union, den Grünen und der FDP beschlossen, den Wirtschaftsstabilisierungsfonds für ein halbes Jahr zu verlängern.

Mithilfe des Wirtschaftsstabilisierungsfonds unterstützt der Staat gezielt Unternehmen, „deren Bestandsgefährdung erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft, die technologische Souve-

ränität, Versorgungssicherheit, kritische Infrastruktur oder deren Arbeitsmarkt hätte“. Die unter die Regelung fallenden Unternehmen können zur Absicherung von Krediten Garantien des Bundes in Anspruch nehmen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die direkte Rekapitalisierung von Unternehmen zu finanzieren. Bisher waren diese Hilfsmaßnahmen bis Ende 2021 befristet. Das verabschiedete Gesetz sieht nun eine

Verlängerung der Frist bis zum 30. Juni 2022 vor. Zugleich hat der Bundestag die Garantierahmen von derzeit 400 auf 100 Milliarden Euro sowie die Kreditermächtigungen für derartige Maßnahmen von derzeit 100 auf 50 Milliarden Euro reduziert. Zur Begründung wird im Gesetzentwurf auf die zeitlich begrenzte Verlängerung bis zum 30. Juni 2022 verwiesen.

**Gesamtsumme Bewilligungen / Auszahlungen Corona-Wirtschaftshilfen: 126,4 Mrd. Euro (Stand 16.11.2021)**

KfW-Hilfen: 54,4 Mrd.

Soforthilfen: 13,5 Mrd.

Überbrückungshilfe I: 1,4 Mrd.

Überbrückungshilfe II: 2,8

Überbrückungshilfe III: 23,3 Mrd.

Überbrückungshilfe III plus: 0,7 Mrd.

Novemberhilfe: 6,7 Mrd.

Dezemberhilfe: 7,2

Neustarthilfe: 1,6 Mrd.

Neustarthilfe plus: 0,3

Wirtschaftsstabilisierungsfonds: 8,7 Mrd.

Großbürgschaften: 2,9

Bürgschaften der Bürgschaftsbanken: 3,0

## Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter: Druck von CDU und CSU zeigt Wirkung – Fristverlängerung für die Kommunen kommt!



**Berlin.** Der von CDU und CSU ausgeübte Druck auf die Ampel-Fraktionen hat Wirkung gezeigt: Die Kommunen bekommen nun ein Jahr mehr Zeit, die Mittel für den beschleunigten Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter aus dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket abzurufen.

Zum Hintergrund: In der vergangenen Legislaturperiode hat der Deutsche Bundestag mit dem Ganztagsförderungsgesetz die stufenweise Einführung eines Rechtsanspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder ab dem Jahr 2026 auf den Weg gebracht. Im Rahmen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets zur Ankurbelung der durch die Pandemie geschwächten Konjunktur hat der Bund im Juni 2020 für den beschleunigten Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung zusätzliche finanzielle Mittel für die Kommunen bereitgestellt, die allerdings erfordern, dass die Bauvorhaben bis Ende 2021 abgeschlossen sind. Werden die Bauvorhaben nicht bis zum 31. Dezember fertiggestellt, bleiben die Kommunen auf den Kosten sitzen.

Die Unionsfraktion hatte aufgrund von Lieferschwierigkeiten und Bauverzögerungen im Baugewerbe sowie der sich dadurch abzeichnenden Zeitprobleme der Kommunen bereits vor vier Wochen einen entsprechenden Antrag formuliert, in welchem sie eine Fristverlängerung über den 31.12.2021 gefordert hatte. Dieser war jedoch im Hauptausschuss wieder von der Tagesordnung genommen worden. Daraufhin hatten CDU und CSU den Druck noch einmal erhöht und einen eigenständigen Gesetzentwurf eingebracht. Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert hatte bereits Mitte November in der einschlägigen Plenardebatte die Bedeutung der Fristverlängerung unterstrichen: „Wir müssen den Kommunen helfen, wir müssen die Frist verlängern. (...) Wir können ihnen nicht sagen: „Macht, helft uns, helft den Familien, und wenn es aufgrund einer unvorhergesehenen Entwicklung nicht reicht, habt ihr Pech gehabt.“ An die Ampel-Fraktion richtete Launert ebenfalls klare Worte: „Ich hoffe, dass Sie jetzt Verantwortung für die Kommunen übernehmen. Die brauchen Sie, und die spüren auch, wer sie aus parteitaktischen Überlegungen verrät.“ Nun haben auch endlich die Fraktionen der Ampel-Koalition die Dringlichkeit erkannt und den Weg für eine Fristverlängerung frei gemacht. „Ein Schritt, der längst überfällig war!“, so Launert. Es sei absolut unverständlich, weshalb die Ampel-Fraktionen die Kommunen so lange im Unklaren gelassen hätten. Entscheidend sei nun aber vor allem, dass die Kommunen nicht auf den Kosten sitzen blieben.

## Schule in Zeiten von Corona: „Präsenzunterricht so lange wie möglich aufrechterhalten“

**Berlin/Bayreuth.** In den vergangenen Wochen ist die Zahl der Infektionen mit dem Coronavirus wieder stark angewachsen – in vielen Regionen sind die Zahlen alarmierend hoch. Mit den Infektionen sind auch die Ängste und Sorgen vieler Eltern vor erneuten Schulschließungen gestiegen – genauso wie auch die Angst vor Infektionen ihrer Kinder im Unterricht. Etliche besorgte Eltern haben sich diesbezüglich auch an die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert gewandt. Sie fordert daher, den Präsenzunterricht solange es geht, aufrecht zu erhalten und alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Schulen offen zu halten.

Aber auch die Angst vieler Eltern vor einer Infektion des Nachwuchses im Unterricht sei

nachvollziehbar, so Launert. Um Präsenzunterricht trotz des hohen Infektionsgeschehens sicher zu ermöglichen und die Sorgen aller Eltern zu berücksichtigen, plädiert die Bundestagsabgeordnete etwa für die flexible Freistellung für Schülerinnen und Schülern von der Schulpflicht. Kindern und Jugendlichen in bestimmten Konstellationen – etwa mit ungeimpften Geschwistern und erhöhtem Infektionsrisiko – müsse Homeschooling als Alternative ermöglicht werden.

Damit könne für die Schülerinnen und Schüler für mehr Stabilität gesorgt werden. Sie seien es, die seit Beginn der Pandemie stark gelitten hätten und in der Schule bereits viel zu viel verloren und verpasst hätten. Erhebliche Bildungslücken

und Rückstände seien entstanden, die viele Familien nicht mehr abfedern könnten, so die Bundestagsabgeordnete weiter. Ganz zu schweigen von den psychischen Folgen, unter denen zahlreiche Kinder und Jugendliche leiden.

Launert fordert aus diesem Grund außerdem, schnellstmöglich gegen die Unterversorgung bei der psychischen Betreuung und Beratung für Kinder und Jugendliche vorzugehen. Das Angebot müsse massiv ausgebaut werden.

Sie hatte sich bereits in der Vergangenheit hierfür stark gemacht und den besseren Ausbau eines psychotherapeutischen Angebots in das Wahlprogramm der Union hineinverhandelt.

## Bis zu 107 Millionen Euro Bundesförderung für den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Freistaat

**Berlin/München.** Um die Digitalisierung im Öffentlichen Gesundheitsdienst voranzutreiben, erhält der Freistaat bis zu 107 Millionen Euro an Bundesfördergeldern. Das insgesamt 800 Millionen Euro schwere Bundesförderprogramm ist Bestandteil des Öffentlichen-Gesundheits-Dienst-Paktes und wurde zusammen mit den Ländern erarbeitet. Der für Bayern veranschlagte Anteil enthält für die Jahre 2021

und 2022 10 Millionen Euro an Finanzhilfen für kurzfristige Sachinvestitionen, wie etwa Hard- und Software. Dieser Betrag wird seitens des Freistaates um weitere 1,02 Millionen Euro aufgestockt. Die übrigen 97 Millionen Euro fließen in Projektmittel, die bis 2026 vom Freistaat flexibel für verschiedene Aspekte der gesundheitsbehördlichen Arbeit verwendet werden können. Als förderfähige Maßnahmen kom-

men insoweit insbesondere die Anschaffung neuer Hardware, die Inanspruchnahme von Beratungsdienstleistungen, mit welchen behördliche Prozesse analysiert und fachgerecht auf die digitale Abwicklung umgestellt werden sowie die Erstellung von IT-Sicherheitsrichtlinien und entsprechende Schulungen der Mitarbeiter in Betracht.



## Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts: Corona-Notbremse war verfassungsgemäß

**Karlsruhe/Berlin.** Die Bundesnotbremse war rechtmäßig. Ein Verstoß gegen Grundrechte liegt nicht vor, so die klare Aussage des Bundesverfassungsgerichts. Mit ihrer Entscheidung lehnten die Karlsruher Richter gleich mehrere Klagen ab.

In der Begründung räumte das Gericht ein, dass die Maßnahmen in erheblicher Weise in verschiedene Grundrechte eingriffen. Allerdings seien die zu beurteilenden Kontakt- und selbst die Ausgangsbeschränkungen in der äußersten Gefahrenlage der Pandemie mit dem Grundgesetz vereinbar. Auch die Schulschließungen seien zum Schutze der überragenden Gemeinwohlbelange in Gestalt der Abwehr von Gefahren für Leben und Gesundheit und für die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems eine geeignete, erforderliche und verhältnismäßige Maßnahme gewesen.

Durch die Bundesnotbremse wollte der Bund sicherstellen, dass ab bestimmten Inzidenzwerten bundeseinheitliche Regelungen greifen. Ab dem 24. April fand die Bremse automatische Anwendung, sobald die sogenannte Sieben-Tage-Inzidenz in einem Landkreis oder einer kreisfreien Stadt an drei aufeinanderfolgenden Tagen die 100 überschritt. Ab diesem Grenzwert griffen unter anderem Ausgangsbeschränkungen, wonach nachts zwischen 22 Uhr und 5 Uhr, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen (Arztbesuch / Berufstätigkeit), sich niemand mehr draußen aufhalten durfte.

Zudem durften sich Menschen dann nur noch mit einer anderen Person und deren Kindern unter 14 Jahren treffen. Wurde der Schwellenwert von 165 überschritten, so mussten die Schulen geschlossen werden.

Im Hinblick auf die Kontaktbeschränkungen führte das Gericht aus, dass der Gesetzgeber für den zu beurteilenden Zeitraum einen verfassungsgemäßen Ausgleich der berührten Grundrechte gefunden habe. Der Gesetzgeber habe dem Lebens- und Gesundheitsschutz nicht einseitig Vorrang eingeräumt und habe auf der anderen Seite nicht die Grundrechte der Beschwerdeführenden außer Acht gelassen. Die Karlsruher Richter verweisen dabei besonders auf die im Gesetz selbst angelegten Schutzvorkehrungen, darunter die zeitliche Befristung der Maßnahme. Die denkbare Höchstdauer, die indes in keinem Gebiet der Bundesrepublik erreicht worden sei, habe zwei Monate betragen. Auch bezüglich der Ausgangsbeschränkungen habe der Gesetzgeber entgegenstehende Belange besonders berücksichtigt. Auch insofern sei die Verhältnismäßigkeit zu bejahen. Trotz der Feststellung der Verfassungsmäßigkeit der Maßnahmen stellte das Bundesverfassungsgericht noch einmal deutlich heraus, dass umfassende Ausgangsbeschränkungen „nur in äußersten Gefahrenlagen“ in Betracht kämen und gab damit auch eine Leitlinie für etwaige künftige Maßnahmen vor.

In Bezug auf die Schulschließungen erkannte das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung erstmals ein Recht der Kinder und Jugendlichen gegenüber dem Staat auf schulische Bildung an.

In dieses Recht hätten die erfolgten Schulschließungen in schwerwiegender Weise eingegriffen. Entscheidend dafür, dass die von der Regierung getroffenen Maßnahmen dennoch verfassungsgemäß waren, sei gewesen, dass ein höherer Schwellenwert angesetzt worden sei als bei den weiteren Kontaktbeschränkungen und dass die Länder verfassungsrechtlich verpflichtet worden waren, wegfallenden Präsenzunterricht auch während der Geltung der Bundesnotbremse nach Möglichkeit durch Distanzunterricht zu ersetzen. Zudem seien die Schulschließungen auf einen kurzen Zeitraum von gut zwei Monaten befristet gewesen. Schließlich falle auch ins Gewicht, dass der Bund mit dem „Digitalpakt Schule“ Finanzhilfen an die Länder von insgesamt 1,5 Milliarden Euro zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Durchführung digitalen Unterrichts zur Verfügung gestellt habe sowie das Bundesgesundheitsministerium eine Studie zur Erforschung der Wirksamkeit der Schutzmaßnahmen gefördert habe, welche auch die Wirksamkeit der schulbezogenen Maßnahmen umfasse.

## „Nicht nur die Faust kann schlagen, auch der Mund“ - Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen



**Berlin/Bayreuth.** Jedes Jahr am 25. November findet der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen statt. Politik, gesellschaftliche Institutionen, Bündnisse und viele Einzelpersonen beteiligten sich an dem Aktionstag. Auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert nahm erneut an der Kampagne teil. Der Abgeordneten war es dabei besonders wichtig, darauf aufmerksam zu machen, dass Gewalt in vielen unterschiedlichen Formen auftreten könne und jede einzelne mit aller Härte bekämpft werden müsse:

„Ganz gleich, ob physisch, psychisch oder verbal – ganz gleich, ob im unmittelbaren Kontakt oder über die sozialen Medien: Gewalt zerstört – den Körper, die Seele, das Selbstbewusstsein. Am heutigen Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen wollen wir deshalb ein klares Signal aussenden: Gewalt jeglicher Erscheinungsform hat keinen Platz in unserer Gesellschaft!“

Herablassende, sexistische, respektlose Worte haben weder im privaten Umfeld noch in der öffentlichen Debatte etwas zu suchen! Uns allen muss in diesem Zusammenhang bewusst sein: Nicht nur die Faust kann schlagen, auch der Mund! Worte können genauso verletzen wie ein Messer. Sie treffen mitten ins Herz der Opfer. Wir als CSU setzen uns deshalb für den Ausbau und die Weiterentwicklung spezifischer Hilfsangebote für Frauen ein, die Opfer verbaler Gewalt werden.

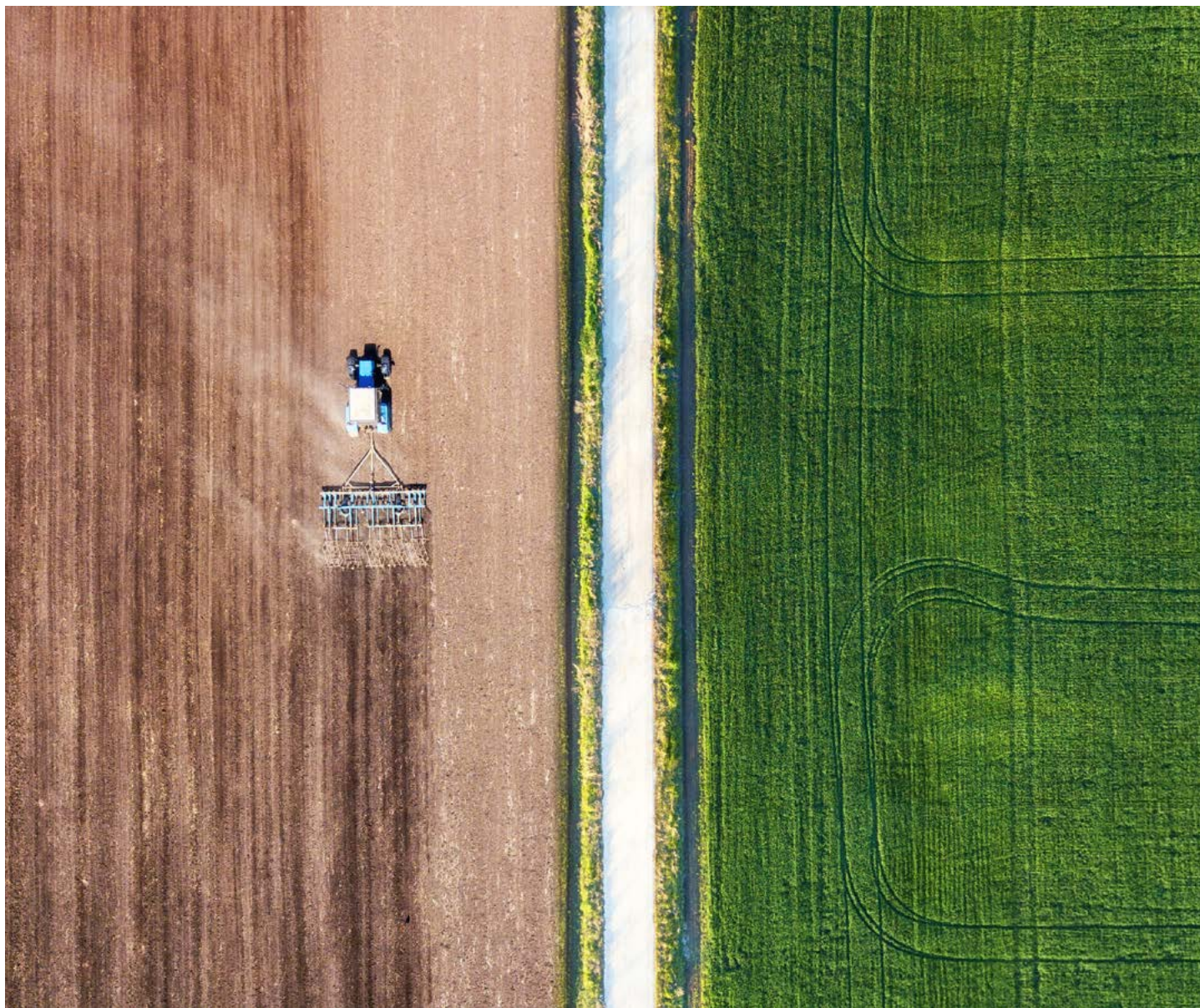
Dabei können wir Kraft aus dem schöpfen, was wir in Bezug auf die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen bereits erreicht haben: So haben wir etwa das Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen, die Aufstockung der Gelder für die Frauenhäuser, die Einführung des Verbots von Upskirting und vieles mehr in den vergangenen Jahren auf den Weg gebracht. Unsere Botschaft ist klar: Wir werden auch in Zukunft nicht locker lassen!“

Die Nummer des Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen lautet: **08000 116 016**.

Weitere Informationen zu dem kostenlosen und anonymen Hilfetelefon finden sich auch unter: [www.hilfetelefon.de](http://www.hilfetelefon.de)



## Schnellschuss der Ampel geht zulasten der Landwirte



**Berlin.** Die Ampel-Parteien haben zu Beginn der neuen Legislaturperiode im Deutschen Bundestag für die Absenkung des Pauschalsteuersatzes bei landwirtschaftlichen Betrieben von 10,7 Prozent auf 9,5 Prozent gestimmt.

„Im Ergebnis bedeutet dieser Schnellschuss der Ampel eine Steuererhöhung für unsere Landwirte und damit eine Mehrbelastung in ohnehin schon schwierigen Zeiten“, so die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert.

Zum Hintergrund: Grundsätzlich findet auch auf Landwirte die steuerrechtliche Regelung Anwendung, wonach sie für verkaufte Waren die Umsatzsteuer in Höhe von derzeit 7 Prozent des Nettowarenwertes und beim Einkauf der betriebsnotwendigen Waren den Regelsteuersatz von bis zu 19 Prozent zahlen und dies mit

dem Fiskus abrechnen müssen. Im Rahmen der Pauschalbesteuerung können sie jedoch den pauschalen Steuersatz von bislang 10,7 Prozent ihren Kunden in Rechnung stellen und diesen behalten.

Diese pauschalierende Vorgehensweise bietet gerade für kleinere und mittlere Betriebe einen erheblichen Vorteil, da sie den bürokratischen Aufwand deutlich reduziert. Es entfallen nicht nur die Aufzeichnungspflichten und die monatlichen oder vierteljährlichen Umsatzsteuervoranmeldungen, sondern auch die jährliche Endabrechnung mit dem Finanzamt. Bis zu einem Jahresumsatz von 600.000 Euro kann dieses vereinfachte Verfahren von den Betrieben in Anspruch genommen werden.

Die nun von der Ampel beschlossene Senkung des Pauschalsteuersatzes zieht für die Betriebe

jedoch eine finanzielle Mehrbelastung nach sich. Die Steuersatzsenkung um 1,3 Prozent hat damit tatsächlich eine Steuererhöhung zur Folge.

In der Union stößt die Entscheidung der Ampel auf deutliche Ablehnung. Zumindest habe der Gesetzentwurf durch die Intervention der geschäftsführenden Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner noch erheblich verbessert werden können, heißt es vonseiten der Union. So wurde etwa die ursprünglich von der SPD geplante Absenkung des Pauschalsteuersatzes auf 9,0 Prozent verhindert. Zudem sei auch der Parlamentsvorbehalt noch durchgesetzt worden, sodass das Bundesfinanzministerium nicht automatisch und in eigener Regie den Steuersatz anpassen könne.

## Mechthild Heil ist neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen



**Berlin.** Die rheinland-pfälzische Bundestagsabgeordnete Mechthild Heil ist zur neuen Vorsitzenden der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt worden. Dr. Silke Launert, welche auch in der 20. Legislaturperiode wieder zur weiteren Stellvertreterin gewählt wurde, gratuliert der neuen Vorsitzenden: „Herzlichen Glückwunsch an die neue Vorsitzende der Gruppe der Frauen Mechthild Heil und vielen Dank an ihre Vorgängerin Yvonne Magwas!“

## Thema (Zwangs-)Prostitution: Sexkaufverbot jetzt? Expertenrunde diskutiert über Schutz von Prostituierten

**München.** Soll Prostitution in Deutschland verboten werden? Was ist zu tun, um Prostituierte besser vor Gewalt und Ausbeutung zu schützen? Mit diesen und weiteren Fragen hat sich Mitte Oktober eine aus Vertreterinnen und Vertretern der Polizei, der Politik, zuständigen Behörden und Beratungsstellen zusammengesetzte und von der Hanns-Seidel-Stiftung ins Leben gerufene Expertenrunde beschäftigt. Auch die Bundestagsabgeordnete und ehemalige Staatsanwältin Dr. Silke Launert nahm an der sich anschließenden Diskussionsrunde teil.

Zum Hintergrund: In Deutschland gilt seit 2002 das sogenannte Prostitutionsgesetz, durch welches sexuelle Dienstleistungen nicht mehr als sittenwidrig eingestuft werden. 2017 wurde ferner das Prostituiertenschutzgesetz eingeführt, das Prostituierte vor Gewalt und Zwang schützen soll. Kernbestandteile dieses Gesetzes sind unter anderem eine Anmeldepflicht für Prostituierte, eine verpflichtende Gesundheitsberatung und eine Erlaubnispflicht für das Prostitutionsgewerbe.

Nicht erst seit der vorübergehenden Schließung von Bordellen während der Corona-Pandemie werden Rufe nach einem generellen Verbot von Prostitution laut. Als Vorbild wird in diesem Zusammenhang oft das sogenannte Nordische Modell genannt, welches bereits in Schweden, Norwegen, Island, Kanada, Nordirland, Frankreich, Irland und Israel gilt. Nach diesem Modell wird die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen unter Strafe gestellt, wohingegen die Prostituierten selbst straffrei bleiben.

Einige Vertreter der Expertenrunde und Diskussionsteilnehmer sprachen sich klar für die Einführung dieses Modells auch in Deutschland aus und verwiesen darauf, dass die weit überwiegende Mehrheit der Prostituierten ihren Beruf nicht freiwillig ausübe. In den allermeisten Fällen entstehe Prostitution aus einer Not beziehungsweise Zwangslage heraus. Oftmals sähen die betroffenen Frauen die Prostitution als einzige Möglichkeit, der Armut zu entkommen oder ihre eigene Familie finanziell zu unterstützen. Zudem führe Prostitution bei den Betroffenen oftmals zu schweren psychischen Erkrankungen. Nicht selten griffen sie zu Drogen, Alkohol und Psychopharmaka, um die psychischen Folgen ihrer Tätigkeit ertragen zu können.

Jedoch sahen nicht alle Teilnehmer der Runde in einem generellen Sexkaufverbot den richtigen Weg. Als Hauptargument führte diese Gruppe an, dass ein Verbot die Prostitution aus dem öffentlichen Raum verdrängen würde – mit schwerwiegenden Folgen für die betroffenen Frauen.

Sie würden unsichtbar und seien für unterstützende Fachberatungsstellen und Behörden nicht mehr erreichbar. Die soziale Arbeit vor Ort würde ebenso wie der Zugang zu gesundheitlicher, rechtlicher und sozialer Beratung erschwert. Strafbare Handlungen würden der Sanktionierung entzogen. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auch auf das Prostitutionsverbot während der Corona-Pandemie. Trotz des Verbots habe Prostitution im Verborgenen stattgefunden, etwa in Hinterhöfen und Wohnungen. Die Prostituierten seien hierdurch weniger geschützt gewesen.

Wer meine, mit einem Verbot könne man die Prostitution abschaffen, unterläge einem Trugschluss, lautete ein weiteres ins Feld geführte Argument. Prostitution sei eine gesellschaftliche Realität. Anstelle eines Verbotes sollten die bestehenden Schutzregelungen konsequenter umgesetzt werden. Schließlich seien Menschenhandel, Zuhälterei und Zwangsprostitution bereits verboten.

Silke Launert unterstütze diesen Ansatz: „Damit das Prostituiertenschutzgesetz seine Wirkung voll entfalten kann, muss es mehr Kontrollen geben. Hierfür braucht es insbesondere mehr Personal. Die Länder müssen hier tätig werden.“ Zudem verwies die ehemalige Staatsanwältin auf zwei jüngst vom Bund beschlossenen Maßnahmen: Die deutlich Verschärfung der Freierstrafbarkeit im Falle von Zwangsprostitution und das neue Bundesprogramm für schwangere Prostituierte in Höhe von 20 Millionen Euro. In Bezug auf die Verschärfung des Strafrechts führte Launert aus, dass sich nun schon strafbar mache, wer die Lage der Prostituierten „leichtfertig verkenne“. Wer also eindeutige Hinweise, wie etwa Verletzungen am Körper oder entsprechende Aussagen der von Zwangsprostitution betroffenen Person ignoriere, trage fortan eine Mitverantwortung für die Lage von Zwangsprostituierten und könne strafrechtlich belangt werden. Bislang habe man dem Freier Vorsatz in Bezug auf die Kenntnis der Zwangslage nachweisen müssen, was die Ermittlungsbehörden und die Justiz vor immense Probleme gestellt habe.

Auch wenn die Teilnehmer der Diskussionsrunde hinsichtlich des Weges unterschiedlicher Auffassung waren, so teilten doch alle die Einsicht, dass der Schutz von Prostituierten ausgebaut werden müsse und dass sich dieses Ziel letztlich nur dann erreichen lasse, wenn alle Beteiligten gemeinsam und mit vereinten Kräften an einem Strang ziehen.

## FSJ im Deutschen Bundestag



Silke Launert mit unserem „alten“ FSJler Tom Bergmann



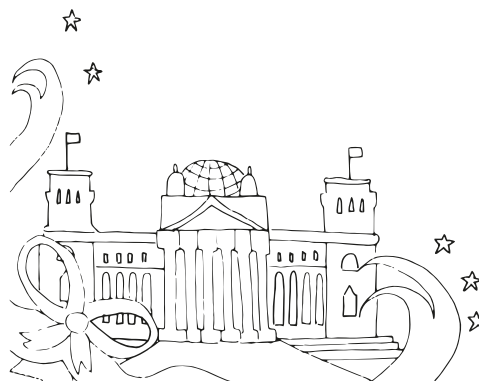
Silke Launert zusammen mit unserem „neuen“ FSJler Burak Kaba

**Berlin.** Bereits zum wiederholten Male biete ich in meinem Bundestagsbüro in Berlin ein Freiwilliges Soziales Jahr (Politik) an. Das FSJ soll Interessierten die Möglichkeit eröffnen, Politik „hautnah“ mitzuerleben und an der politischen Arbeit mitzuwirken.

Im vergangenen Jahr hat Tom Bergmann unser Büro bereichert. Wir bedanken uns ganz herzlich für Dein außerordentliches Engagement, lieber Tom, und wünschen Dir alles erdenklich Gute für Deine berufliche und private Zukunft!

Im September durften wir bereits unseren nächsten FSJler, Burak Kaba, in Berlin begrüßen. Die ersten Wochen haben schon einen bleibenden Eindruck auf unseren „Neuen“ hinterlassen: „Es ist erstaunlich, wie viel man von dem politischen Leben im Bundestag zu sehen bekommt. Besonders interessant ist es, das politische Umfeld auch aus einer anderen Perspektive betrachten zu können!“

Die Zeichnungen, welche in dieser Weihnachtsausgabe von „Mensch und Politik“ abgedruckt sind, stammen übrigens aus seiner Feder. Lieber Burak, wir heißen Dich herzlich willkommen und freuen uns auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit!



## Union: Die Ampel nimmt Mehrkosten für Millionen Pendler in Kauf!

**Berlin.** Steigende Benzinpreise und ein höherer Dieselpreis – darauf haben sich SPD, Grüne und FDP im Rahmen der Koalitionsverhandlungen geeinigt. Eine die finanziellen Folgen abfedernde Unterstützung der betroffenen Autofahrer wird von den Grünen abgelehnt. Mit anderen Worten: Dieselfahrer werden in Zukunft einseitig mehr belastet. „Pendler, Unternehmen und Betriebe, insbesondere in der Landwirtschaft werden im Stich gelassen“, so die klaren Worte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

In einem vor diesem Hintergrund im Dezember dem Deutschen Bundestag vorgelegten Antrag fordert die Union, Mobilität für alle bezahlbar zu halten sowie Pendler und Wirtschaftsverkehr zu schützen. Mobilität müsse für alle möglich sein – eben nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land, so CDU und CSU. Neben dem ÖPNV sei insbesondere das Auto als individuelles Ver-

kehrsmittel in vielen Regionen Deutschlands nach wie vor unverzichtbar.

Die Fraktion fordert in ihrem Antrag die Bundesregierung daher dazu auf, den Umstieg auf CO<sub>2</sub>-neutrale Mobilität für alle attraktiv zu gestalten und dabei die Interessen aller Nutzer zu berücksichtigen. Dabei, so CDU und CSU, spielen neben batterieelektrischen Antrieben vor allem auch synthetische Kraftstoffe eine wichtige Rolle. Eine klare Absage erteilt die Union einem Dieselfahrverbot. Stattdessen spricht sie sich für die Fortsetzung des erfolgreichen Programms „Saubere Luft“ aus, mit welchem bereits ein wesentlicher Beitrag zur Reduzierung der Überschreitungen der zulässigen Stickstoffdioxid-Grenzwerte geleistet worden sei.

Zudem bekennt sich die Union klar zu den vielen landwirtschaftlichen Familienbetrieben und

fordert die Bundesregierung dazu auf, anzuerkennen, dass die Steuervergünstigung beim Agrardiesel eine wichtige Unterstützung der Wettbewerbsfähigkeit insbesondere für die vielen Familienbetriebe ist und dass daher beim Agrardiesel keine Mehrbelastung für Land- und Forstwirte zugelassen werden darf, beispielsweise indem die bestehende Rückvergütung für Agrardiesel bei der Mineralölsteuer gekürzt oder abgeschafft wird.

Darüber hinaus setzen sich CDU und CSU ausdrücklich für den zügigen Ausbau des Ladesäulenetzes und der Beibehaltung der Pendlerpauschale ein. Diese solle mit dem Ziel weiterentwickelt werden, dass sie dynamisch in Abhängigkeit vom jeweils geltenden CO<sub>2</sub>-Preis nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz ansteigt.

„Was der neue Koalitionsvertrag im Bereich der Verkehrspolitik vorschlägt, ist das Gegenteil von nachhaltiger Politik. Die Koalition bremst Projekte aus, wo sie beschleunigen müsste. Sie heizt Preise an, wo sie dämpfen müsste. Und sie vernichtet Anreize, wo sie welche setzen sollte.“ (aus dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Mobilität für alle bezahlbar halten, Pendler und Wirtschaftsverkehr schützen“)

## 66 Jahre Bundeswehr – Öffentliches Gelöbnis vor dem Reichstag

**Berlin.** Anlässlich des 66. Geburtstages der Bundeswehr legten am 12. November rund 400 Rekrutinnen und Rekruten auf dem Platz der Republik vor dem Westportal des Reichstages feierlich ihr Gelöbnis ab. Zu der Zeremonie eingeladen waren rund 1.200 Gäste. Neben der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas nahmen auch die geschäftsführende Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Eberhard Zorn, an den Feierlichkeiten teil.

Dr. Silke Launert: „Herzlichen Glückwunsch zu 66 Jahren Bundeswehr! Besonders freut es mich, dass junge Rekrutinnen und Rekruten ihr Gelöbnis vor dem Sitz des Deutschen Bundestages ablegen! Wir haben halt eine Parlamentsarmee und die Union wird deshalb immer an ihrer Seite stehen!“



## Weihnachtsgrüße aus dem Bundestag an die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr



**Berlin.** Weihnachten weit fernab der Heimat – für die meisten Menschen eine furchtbare Vorstellung. Für viele Soldatinnen und Soldaten ist dies allerdings auch im Jahr 2021 wieder Realität. Rund 2.500 Männer und Frauen der Bundeswehr befinden sich während der Feiertage im Auslandseinsatz. Mit den sogenannten „Bändern der Verbundenheit“, welche der Deutsche Bundeswehrverband zusammen mit der OASE-Einsatzbetreuung (ein Projekt der Evangelischen und Katholischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung) auch in diesem Jahr wieder hat anfertigen lassen, können die Bundestagsabgeordneten den Soldaten Grüße zusenden und zugleich ihre Anerkennung für den Dienst, welchen sie unter Gefährdung von Leib und Leben für das Wohl unseres Landes leisten, zum Ausdruck bringen.

Auch die Bayreuther Abgeordnete Silke Launert hat sich an der Aktion beteiligt: „Frohe Weihnachten und ein herzliches Dankeschön an alle Soldatinnen und Soldaten, die dafür sorgen, dass wir hier in Deutschland sicher leben können!“

## Klares Nein zur „Ehe light“



**Berlin.** „Durch die Einführung einer „Verantwortungsgemeinschaft“ - oder anders ausgedrückt: einer „Ehe light“ - droht eine Entkernung des verfassungsrechtlich geschützten Instituts der Ehe“, so die klaren Worte der Bundestagsabgeordneten Silke Launert zu dem Vorschlag der Ampel-Koalition, das Institut der Verantwortungsgemeinschaft in Deutschland einzuführen. Konkret heißt es hierzu im Koalitionsvertrag: „Wir werden das Institut der Verantwortungsgemeinschaft einführen und damit jenseits von Liebesbeziehungen oder der Ehe zwei oder mehr volljährigen Personen ermöglichen, rechtlich füreinander Verantwortung zu übernehmen.“

Die Verantwortungsgemeinschaft würde zu einer Schwächung der Absicherung der Ehepartner führen, kritisiert Launert. **„Ein reines „Wünsch-dir-Was“, in dessen Rahmen die Vorteile gerne mitgenommen, die einhergehenden Nachteile ausgespart werden sollen,**

**lehne ich ab.“** Zu den Vorteilen gehörten etwa steuerliche Vorteile, Freibeträge bei der Erbschaftssteuer, Witwenrente oder im Beamtenrecht bestimmte Zulagen. „Die Ehe hat auf der anderen Seite aber auch spürbare Nachteile“, betont die Abgeordnete. „Etwa wenn es bei der Trennung um Unterhalt, Versorgungs- oder Zugewinnausgleich geht.“ Diese harten Konsequenzen vermisse sie bei den neuen Partnerschaften. „Und wenn es sie gäbe, dann wären die neuen Partnerschaften der Ehe gleichgestellt, was wiederum gegen die Verfassung wäre. Denn die sieht nach wie vor die Ehe und die Familie (Eltern-Kind-Beziehung) als die vom Staat besonders schützenswerten Formen des Zusammenlebens an.“ Gegenüber der BILD-Zeitung verwies die Abgeordnete zudem darauf, dass die Gefahr drohe, ein Einfallstor für die Viel-Ehe zu schaffen.

Im Nachgang zu ihrer Positionierung wurde Launert in einem offenen Brief der Bayreuther SPD Stadtratsfraktion, unterzeichnet vom Fraktionsvorsitzenden Thomas Bauske, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Beate Kuhn und dem zweiten Bürgermeister von Bayreuth Andreas Zippel, scharf angegangen. Warum sie glaube, bestimmen zu dürfen, wie Familie auszusehen habe, lautete einer der zentralen Kritikpunkte.

Diese Vorwürfe wollte Launert nicht auf sich sitzen lassen und veröffentlichte eine Stellungnahme, in welcher sie auf die Kritik einging. **„Ich habe das Gefühl, da wollen mich einige bewusst missverstehen und mir schaden, in dem sie mich in eine Ecke stellen wollen! Hiermit will ich klarstellen - und habe das auch schon in dem auslösenden Interview getan -: Jeder soll nach seiner Façon glücklich werden und leben wie er will!“** Sie sei auch wirklich die Letzte, die im Familienbereich intolerant wäre. Dass das Leben manchmal anders laufe als man es sich vorstelle, wisse sie nur zu gut aus eigener Erfahrung. Launert fügt zudem hinzu: **„Gegen Unterstellungen, das seien „homophobe“ Aussagen (z.B. in queer-Seiten der SPD) verwahre ich mich ausdrücklich und ein solcher Vorwurf ist auch völlig hanebüchen: die Ehe gilt inzwischen auch für Lesben und Schwule, so dass ich damit auch deren Ehe verteidige, wenn ich der Meinung bin, es benötige kein weiteres abgeschwächtes rechtliches Instrument!“** Es gehe allein um die Frage, ob man ein weiteres rechtliches Zwischeninstitut wolle. Das habe jedoch überhaupt nichts mit der grundsätzlichen Akzeptanz von jeglichem Zusammenleben zu tun.

## Großteil der neuen Bundesregierung verzichtet bei Vereidigung auf Zusatz „so wahr mir Gott helfe“

**Berlin.** Anfang Dezember wurde die neue Bundesregierung vereidigt. Dabei hat fast die Hälfte des Ampel-Kabinetts den Eid ohne den Zusatz „so wahr mir Gott helfe“ abgelegt. Dies stößt bei der Bayreuther Bundestagsabgeordneten Silke Launert auf Unverständnis: „Ich werde die Kirchen nie verstehen, wie sie die Grünen immer hypen, dabei vertreten sie so oft genau das Gegenteil, z.B. Abtreibung als alternative Verhütungsform usw., und im Sinne einer vermeintlichen Toleranz wird jeder Gottesbezug

geleugnet! So hat heute kein einziger grüner Bundesminister beziehungsweise keine einzige grüne Bundesministerin bei der Eidesformel den Zusatz mit Gottes Hilfe gesprochen - wie natürlich auch der neue Bundeskanzler nicht!“ Man müsse natürlich nicht Christ sein und natürlich könne man auch nicht an Gott glauben, so Launert weiter, fügte aber zugleich hinzu: „Wenn ich Zweifel hätte, würde ich den Zusatz trotzdem verwenden, denn letztlich wissen wir nicht, ob es ihn gibt!“

Klar sei, dass keiner alles selbst bestimmen könne und wir und unsere Möglichkeiten von vielen anderen äußeren Umständen abhängen. Daher schade es zumindest nicht und es zeige eben auch etwas Demut.

„Manche glauben, dass sie Gottes Hilfe nicht benötigen! Ich glaube das schon und deshalb wünsche zumindest ich ihnen zum Wohle unseres Landes Gottes Segen!“, so Launert.

## Begegnungen



Anlässlich der Wahl des Bundeskanzlers war auch der Ministerpräsident von NRW, **Hendrik Wüst**, als Ländervertreter in Berlin. Während er im Deutschen Bundestag unterwegs war, traf er zufällig auf die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert. Ganz spontan ging es dann in die Deutsche Parlamentarische Gesellschaft für ein gemeinsames Essen. Silke Launert freute sich über diese zufällige Begegnung: „Während alle Welt Scholz feiert, feiere ich mal den Ministerpräsidenten von NRW Hendrik Wüst! Im Wissen, dass die aktuellen Herausforderungen eine gute Zusammenarbeit mit dem Kanzler erfordern, kam er heute persönlich nach Berlin zum Gratulieren! Und beim Mittagessen - zufällig getroffen und gleich mit dazugesetzt - hat er gezeigt, wie wichtig ihm jeder Einzelne mit seinen persönlichen Herausforderungen ist! Es ist ja nicht leicht in NRW - aber bei den baldigen Neuwahlen drücke ich ihm wirklich die Daumen! Wir brauchen eine Mischung von verschiedenen Charakteren mit unterschiedlichen Schwächen und Stärken und die Fähigkeit, zuzuhören und zu verstehen ist definitiv eine seiner Stärken!“



Sechzehn Jahre war **Angela Merkel** Bundeskanzlerin. Anfang Dezember ging diese Ära nun zu Ende. Ein besonderer Moment nicht nur für die scheidende Kanzlerin, auch für die Union und ihre Abgeordneten, darunter auch die Bayreuther Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert:

„Eine Kanzlerin geht, die 16 Jahre dieses Land regiert hat! Wir waren nicht immer einer Meinung, aber natürlich sehe auch ich, was das für eine Leistung ist! Ihre Kanzlerschaft hat Deutschland viel Stabilität gebracht, allerdings auch eine Spaltung des Landes! Beeindruckend ist für mich der selbstbestimmte Abgang! Respekt!“



Nicht nur in Hausarztpraxen und in Impfzentren, nein, auch im Deutschen Bundestag wird geimpft, was das Zeug hält. Zum Teil packen auch die Abgeordneten mit entsprechender Ausbildung selbst mit an – so wie der CSU-Abgeordnete und Arzt **Stephan Pilsinger**, der seine Kolleginnen und Kollege geboostert hat. Auch Silke Launert ließ sich von ihrem Bundestagskollegen impfen. Diesmal erhielt die Abgeordnete den Impfstoff von Biontech, nachdem sie zuvor zweimal mit Moderna geimpft worden war.

„Vielen Dank an meinen Kollegen und Arzt Stephan Pilsinger für das spontane Organisieren einer „Impfkation“!

## Radio Mainwelle zu Besuch im Deutschen Bundestag



**Berlin.** Lautstarker Besuch aus der bayerischen Heimat für die Bundestagsabgeordnete Silke Launert: Christian Höreth und Phil Funfak von Radio Mainwelle kamen Ende Oktober für einen Videodreh in die Hauptstadt.

Silke Launert führte die beiden durch den Bundestag und wurde dann sogar selbst Teil des Musikvideos („Der Tank-Song“).

Das Ergebnis des Interviews und des Videodrehs sind unter folgendem Link abrufbar: [www.mainwelle.de/aktionen/unsere-mainwelle-sprit-helden/](http://www.mainwelle.de/aktionen/unsere-mainwelle-sprit-helden/)

## Diskussion zur Rentenpolitik der DRV: Launert gegen Anhebung des Renteneintrittsalters

**Bayreuth.** Rehabilitation und Rente – mit diesen gewichtigen Themen aus dem Kernaufgabengeschäft der gesetzlichen Rentenversicherung befasste sich die Versichertenseite der Selbstverwaltung der Deutschen Rentenversicherung (DRV) Nordbayern im Rahmen einer zweitägigen Klausurtagung. Bei einer Podiumsdiskussion debattierte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert mit weiteren Vertretern aus der Politik über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung und Rentenpolitik.

Neben Launert saßen Markus Hofmann, Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim DGB Bundesvorstand, Annette Kramme (SPD), Susanne Bauer (Bündnis 90/DIE GRÜNEN), Susanne Ferschl (DIE LINKE) und Thomas Hacker (FDP) auf dem Podium.

Die Zuhörer erlebten eine lebhaft und spannende Diskussion. Einigkeit bestand bei den Teilnehmenden, dass das System der gesetzlichen Rentenversicherung die wichtigste Säule der gesetzlichen Alterssicherung bilde und diese erhalten und gestärkt werden müsse.



Bei der Diskussion sprach sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert für die Alterssicherung auf drei Säulen aus.  
Foto: Deutsche Rentenversicherung Nordbayern

Launert sprach sich für die Alterssicherung auf drei Säulen aus. Ginge es nach ihr, sollte ein Konzept einer betrieblichen Altersvorsorge für alle entwickelt werden und die private Vorsorge unbürokratisch durch den Staat gefördert werden. Als nachhaltige Grundlage für den Ruhestand sollten mehr Anreize für den Erwerb von Immobilien geschaffen werden. Eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters sei hingegen nicht der richtige Weg zur Alterssicherung. Launert wolle sich für die Vollendung der Mütterrente einsetzen. Vor allem junge Menschen müssten sich auch der privaten Vorsorge mehr bewusst werden, wenngleich die gesetzliche Rentenversicherung der Hauptanker sei.

## Förderbescheid endlich da: Weg frei für Sanierung der historischen Bäderachse in der Fränkischen Schweiz



Bei einem Besuch bei Bürgermeister Marco Trautner (links) sah sich Launert das sanierungsbedürftige Freibad in Streitberg an und sprach mit Trautner und Marktgemeinderäten über Maßnahmen.

**Berlin/Fränkische Schweiz.** Sehr gute Nachrichten für die Kommunen Egloffstein, Streitberg und Gräfenberg: Der Förderbescheid für die Sanierung der drei Freibäder in der Fränkischen Schweiz ist bei den Kommunen endlich eingegangen. Bereits im März 2020 hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages die Gelder bewilligt.

Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert hatte sich maßgeblich für die Bundesfördermittel in Höhe von 3,8 Millionen Euro eingesetzt und sich bereits Ende 2018 in entsprechenden Schreiben an Bundesinnenminister Horst Seehofer und Staatssekretär Marco Wanderwitz gewandt sowie in persönlichen Gesprächen mit den verantwortlichen Haushaltspolitikern für die Bäder stark gemacht.

Im vergangenen Jahr war es zu Verzögerungen gekommen. Nachdem die Bundestagsabgeordnete von den Bürgermeistern erfahren hatte, dass die drei Kommunen noch immer auf den Bescheid warten, hatte sie sich erneut beim Projektträger für die reibungslose Abwicklung eingesetzt und sich erst im September dieses Jahres bei Gemeindebesuchen zum wiederholten Mal selbst von der Dringlichkeit der Sanierungsarbeiten überzeugt.

„Ich freue mich sehr, dass die Kommunen nun endlich auch den offiziellen Förderbescheid in den Händen halten und so bald wie möglich mit den Arbeiten beginnen können. Die historische Bäderachse ist nicht nur für die einheimische Bevölkerung, sondern auch für den Tourismus und für die Naherholungsregion von allergrößter Bedeutung. Auch die Sportvereine vor Ort nutzen die Bäder für den immer wichtiger werdenden Schwimmunterricht.“

## Proseccofrühstück mit Barbara Stamm



Organisatorin Tanja Herbert-Nebe dankte der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert und Barbara Stamm mit einem Blumenstrauß.

**Ebermannstadt.** Politik und Prosecco mit Barbara Stamm, ehemalige Präsidentin des Bayerischen Landtags, und mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert - so hat es im Flughafenrestaurant in Ebermannstadt geheißen. Stamm gab Einblicke in ihr Leben und Ausblicke auf die Zukunft von FU und CSU. Sie erzählte von ihrem Werdegang in der Politik - vom Würzburger Stadtrat in den Landtag - und davon, wie das alles für sie als Frau war. Zur CSU sei sie über die kirchliche Jugendarbeit gekommen.

Launert bezeichnete Barbara Stamm in ihrem Grußwort als das soziale Gewissen der CSU - auch weil sie selbst keinen leichten Lebensweg gehabt habe. Launert sprach auch über die Vermögenssteuer, Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, den Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten und die großen Herausforderungen, vor denen die Politik stehe. Bei einem gemütlichen Brunch und guten Gesprächen ging der kurzweilige Vormittag, der von der FU Forchheim unter der Federführung von Tanja Herbert-Nebe organisiert wurde, viel zu schnell vorbei.



## Herausforderungen bei der Integration: Besuch in der Kita Kindernest Bad Berneck



Über die Herausforderungen der Integration sprachen bei einem Besuch der Kindertagesstätte Kindernest (von links) Markus Täuber, Dr. Silke Launert, Kita-Leiterin Pia Rebitzer, Gudrun Brendel-Fischer und Christof Seidel.

**Bad Berneck.** Integration ist eine wichtige und große Aufgabe für Kindertagesstätten, bringt aber auch Herausforderungen mit sich. In der Kindertagesstätte Kindernest Bad Berneck ist der Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund besonders hoch, der Betreuungsbedarf ist enorm, das Fachpersonal knapp, der Platz für Einzel- und Gruppenförderungen eng.

Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert besuchte mit der Landtagsabgeordneten und Integrationsbeauftragten Gudrun Brendel-Fischer, Kreisrat Markus Täuber und dem CSU-Ortsvorsitzenden und Baureferenten Christof Seidel die Kindertagesstätte Kindernest am Klang. Mit Kita-Leiterin Pia Rebitzer und der Bereichsleitung Lisa Zerrenner tauschte man sich neben dem Thema Integration auch über den notwendigen Raumbedarf und die vom Freistaat geförderte mehrsprachige Bücherbox aus, die die Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher erleichtert und bei der Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund hilft.

## Unternehmensbesuch bei Steiner Optik in Bayreuth



Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert bei ihrem Unternehmensbesuch mit den beiden Geschäftsführern Jörg Prediger und Robert Eckert.

**Bayreuth.** Bei einem Besuch des Bayreuther Unternehmens Steiner Optik hat sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert mit den beiden Geschäftsführern Jörg Prediger und Robert Eckert über die Problematik beim Export von Gläsern mit Anti-Laser-Beschichtung ausgetauscht. Konkret geht es darum, dass Steiner Optik Gläser, die eine Anti-Laser-Beschichtung haben, in manche Länder nicht bzw. nur nach langen und komplizierten Verfahren liefern darf. Die Unsicherheit für das Unternehmen und die Kunden sei hoch.

Nach dem Gespräch folgte eine Präsentation über das Unternehmen. 1947 wurde Steiner Optik von Karl Steiner gegründet. Aktuell hat sich Steiner Optik auf die Entwicklung, Fertigung, Marketing und den Vertrieb von Ferngläsern, Zieloptiken und Thermaloptik fokussiert. Auch Wärmebildgeräte sind mittlerweile Teil des Portfolios von Steiner. Die militärische Produktion macht ungefähr 25 Prozent der Produktion des Unternehmens aus, aber 80 Prozent der Arbeitsplätze am Standort in Bayreuth. Steiner ist seit 2008 Teil der Beretta Holding, die sehr stark im Bereich von Waffen und Militär aktiv ist. Hierdurch kann Steiner auch in Märkte einsteigen, die sonst eher schwierig zu besetzen wären (Exportquote 80%).

Steiner setzt auch auf moderne Technologien: So sollen die Geräte smart werden. Aber auch der Vertrieb wird digitaler. So verkauft Steiner seine Produkte nun auch auf Amazon, was während der Pandemie gut funktioniert habe, so die Geschäftsführer. Zum Abschluss sprachen die Geschäftsführer noch über die Herausforderungen des Fachkräftemangels und zeigten der Bundestagsabgeordneten das Unternehmen.

## Gemeindebesuch Gefrees: Millionen-Investitionen in Kanalsanierung, Grundschule und Kita-Anbau

**Gefrees.** In Gefrees tut sich etwas. Die Stadt investiert derzeit rund 2,8 Millionen Euro in die Straßen-, Wasserleitungs- und Kanalsanierung „Gefrees Nord“. Außerdem wird die ehemalige Mittelschule für rund 7,3 Millionen Euro zur Grundschule umgebaut und die Kita Pfiffikus für 2 Millionen Euro erweitert. Von den großen Projekten der Stadt berichteten Bürgermeister Oliver Dietel und Kämmerer Klaus Nüssel der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert bei einem Gemeindebesuch mit Spaziergang zu den Baustellen.

Bei einer Baustellenbesichtigung berichtete Ingenieur Michael Schneider von der Maßnahme. Bei einer Untersuchung des Kanalnetzes habe man viele Mängel entdeckt – insgesamt 3.100 Schadstellen. Die alten Betonrohre haben ihre besten Zeiten hinter sich und lösen sich auf. Vor gut einem Jahr habe man mit der Sanierung des Kanalnetzes begonnen, Ende des

Jahres muss die Teilmaßnahme abgeschlossen und abgenommen sein, sonst verliert die Stadt die Fördermittel der RZWas 2018. 1.600.000 Euro bekommt die Kommune vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz über die Richtlinien für Zuwendungen zu mehreren wasserwirtschaftlichen Vorhaben.

Ab September 2022 soll die neue Grundschule für die rund 120 Grundschülerinnen und Grundschüler in Gefrees fertig sein. Die Investitionskosten für den Umbau der alten Mittelschule betragen 7,3 Millionen Euro, 3,2 Millionen Euro Fördermittel fließen in das Projekt. Bereits Ende dieses Jahres soll der Anbau der Kita Pfiffikus für die Krippenkinder abgeschlossen sein.

Wie Dietel erklärte, wünsche er sich auch ein Weiterkommen bei der Stadthalle. Die Stadt sei

gewillt, eine Machbarkeitsstudie für die weitere Nutzung der Halle erstellen zu lassen. Die Schwimmhalle werde nach wie vor genutzt, Veranstaltungen finden derzeit keine statt.

Bei einem anschließenden Besuch der Firma Herold tauschten sich Launert, Dietel und Nüssel mit Geschäftsführer Gerd Langer aus. Das Unternehmen wurde bereits 1867 gegründet und stellt Drehkolbenpumpen für eine schonende Förderung von Produkten her – auf die Wünsche der Kunden, vor allem der Lebensmittelindustrie, zugeschnitten.

Lange beschäftigt um die 70 Mitarbeiter in Gefrees und hat sich in bestimmten Bereichen stark spezialisiert. Dabei befindet sich von der Idee bis zum fertigen Produkt alles unter einem Dach, zugekauft wird nur wenig.



Bürgermeister Oliver Dietel, MdB Dr. Silke Launert – vor der Baustelle der neuen Grundschule



MdB Dr. Silke Launert, Ingenieur Michael Schneider IBT Bindlach, Bürgermeister Oliver Dietel, Sascha Haas IBT Bindlach, Jörg Würstl IBT Bindlach, Bauleiter Marcel Leistner Fa. WTU – Inspektion der der Kanalbaumaßnahmen im Wohngebiet.

## Übergabe Förderbescheid: Obertrubach stellt auf LED um



Ralf Schwarz, oberfränkischer Kommunalbetreuer der Bayernwerk netz GmbH, Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und Obertrubachs Bürgermeister Markus Grüner bei der Übergabe des Förderbescheids.

**Obertrubach.** Obertrubach will auch in Zukunft umweltfreundlich und nachhaltig leuchten. Deshalb stellt die Gemeinde einen großen Teil der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik um. Symbolisch übergab Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert den Zuwendungsbescheid des Ministeriums an Bürgermeister Markus Grüner im Beisein von Ralf Schwarz, oberfränkischer Kommunalbetreuer der Bayernwerk Netz GmbH, die den Austausch der Lampen durchführt. Im kommenden Frühjahr soll es mit der Umstellung der Technik losgehen. Die voraussichtlichen Kosten: 76.000 Euro.

Launert freute sich noch eine der Förderungen der ausscheidenden Regierung (bzw. besser des damaligen Parlaments) überreichen zu können. „Der Bund unterstützt die kommunale Anschaffung von LED-Technik für die Straßenbeleuchtung als eine sinnvolle Investition in den Umweltschutz, die sich auch wirtschaftlich längerfristig für die Gemeinde Obertrubach rechnet“, so Launert.

Ralf Schwarz nahm sich anlässlich der Urkundenübergabe anschließend noch die Zeit, um die Bundestagsabgeordnete und den Bürgermeister über die Möglichkeiten und Grenzen der Stromnetze im Zusammenhang mit dem gewünschten verstärkten Ausbau erneuerbarer Energien zu informieren.

## Soforthilfeprogramm Heimatmuseen: Mehr als 12.500 Euro Fördermittel für Verein Naturpark Fichtelgebirge

**Berlin/Bayreuth.** Gute Nachrichten für Goldkronach: Wie Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert erfahren hat, erhält der Verein Naturpark Fichtelgebirge e. V. für die Darstellung des montanhistorischen Goldbergbaues bei Goldkronach eine Finanzspritze in Höhe von 12.674,25 Euro aus dem „Soforthilfeprogramm Heimatmuseen und landwirtschaftliche Museen 2021“. Das Geld stammt aus dem Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“.

„Das Soforthilfeprogramm Heimatmuseen ist ein wichtiges Signal an unsere kulturellen Einrichtungen in dieser schwierigen Zeit“, sagt Launert. Das Förderprogramm unterstützt regionale Museen in Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohnern beim Betrieb der Einrichtung und bei der Weiterentwicklung des kulturellen Angebots. Ziel ist die Stärkung des Kulturerbes und der kulturellen Identität in ländlichen Gebieten.



Mit dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Stephan Mayer, besuchte Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert erst im September das Goldbergbaumuseum in Goldkronach, um mit ihm über weitere Fördermöglichkeiten aus dem „Soforthilfeprogramm Heimatmuseen“, von dem das Museum bereits profitiert hatte, zu sprechen. Kurze Zeit später ist es gelungen, weitere Gelder zu erhalten.

Einrichtungen können bis zu 25.000 Euro Fördermittel beantragen, um Modernisierungsmaßnahmen und programmbegleitende Investitionen durchzuführen. Das Förderprogramm des Deutschen Verbands für Archäologie e.V. in Kooperation mit dem Deutschen Museumsbund e.V. wird im Rahmen des Programms „Kultur in ländlichen Räumen“ aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestags von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert. Die Mittel stammen aus dem Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Alle Informationen zum Soforthilfeprogramm gibt es im Internet unter: [www.hm.dva-soforthilfeprogramm.de](http://www.hm.dva-soforthilfeprogramm.de)

## Bürgergespräch Oberobsang wegen Neubau Brauerei



Mit dem CSU-Fraktionsvorsitzendem Dr. Stephan Specht (links) kam Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert zum Bürgergespräch nach Oberobsang.

**Bayreuth.** Die Neubau-Pläne der Brauerei Maisel stoßen nicht nur auf Gefallen. Gegenwind kommt von der Bürgerinitiative Oberobsang. Sie hält die Pläne der Brauerei für nicht umweltfreundlich und nicht sinnvoll. Die Bürgerinnen und Bürger fordern den Stadtrat daher auf, einen anderen Standort zu finden. Als Stadträtin und Bundestagsabgeordnete machte sich Dr. Silke Launert ein Bild vor Ort und sprach mit Mitgliedern der Bürgerinitiative über ihre Befürchtungen. Mit dem CSU-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat, Dr. Stephan Specht, informierte sich Launert über die Pro- und Contra-Argumente einer Erweiterung der Maisel-Brauerei am Standort Oberobsang.

## 20-jähriges Jubiläum der Aphasie-Selbsthilfegruppe Bayreuth



**Bayreuth.** Nur die wenigsten können oder möchten sich vorstellen, was es heißt, seine eigenen Gedanken von einem auf den anderen Tag nicht mehr in Worte fassen zu können. Menschen, die unter Aphasie – einer Sprachstörung, die als Folge einer Hirnschädigung (etwa durch eine Hirnblutung oder einen Schlaganfall) auftritt - leiden, können eine solche Vorstellung jedoch nicht einfach ausblenden, sondern müssen sich tagtäglich mit dieser Erkrankung auseinandersetzen.

Um Betroffenen die Möglichkeit zu eröffnen, sich gegenseitig auszutauschen und gemeinsam einen Umgang mit der Krankheit zu finden, gründete sich vor 20 Jahren die Aphasie-Selbsthilfegruppe Bayreuth unter der Leitung von Reinhold Richter – damals noch unter dem Namen „Junge Aphasiker“. Noch heute sorgen Reinhold Richter und seine Stellvertreterin Christine Jedlicka jeden Monat für ein abwechslungsreiches Programm für die Mitglieder der Gruppe und ihre Angehörige.

An der Jubiläumsfeier, die Anfang Oktober in der Gaststätte Schwenk in Bayreuth stattfand, nahmen neben Mitgliedern des Vereins, Angehörigen und weiteren Gästen auch die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert, die Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel-Fischer, der Bayreuther Oberbürgermeister Thomas Ebersberger, Landrat Florian Wiedemann sowie Uwe Kenner, Vertreter aus dem Aphasiker Bundesverband, teil.

In seinen einleitenden Worten berichtete Reinhold Richter auch von seinen eigenen Erfahrungen, die er mit der Erkrankung gemacht hat. Die Krankheit sei ein tiefer Einschnitt in sein Leben gewesen. Ein Problem, das oftmals mit der Erkrankung einhergehe, sei zudem, dass viele Aphasie-Ge-

schädigten sich nicht trauten, unter Menschen zu gehen.

Die Bayreuther Bundestagsabgeordnete und ehemalige Betreuungsrichterin Silke Launert betonte in ihrem Grußwort, wie wichtig Selbsthilfegruppen für die Betroffenen seien. Die Erkrankten selbst, aber auch ihre Angehörigen seien mit der Situation gerade in der Anfangsphase überfordert. Hilfe und Tipps von anderen Erkrankten seien in dieser Lage unverzichtbar. Eine Sekunde reiche, so Launert, um ein gesamtes Leben auf den Kopf zu stellen. Hingegen dauere es Wochen, Monate, Jahre, um die neue Situation anzunehmen und sich wieder ins Leben zurückzukämpfen. Die Mitglieder der Aphasie-Gruppe Bayreuth seien jedoch das beste Beispiel dafür, wie es gelingen könne, nicht aufzugeben und weiterzukämpfen.

Auch der Oberbürgermeister Thomas Ebersberger hob die besondere Bedeutung der Selbsthilfegruppe hervor. Aphasie könne jeden treffen. Er sei froh, dass es Selbsthilfegruppen wie diese gebe. Sie müssten die Anerkennung bekommen, welche sie verdienten: „Auch wenn die Kassen knapp sind: Dafür muss Geld da sein!“, so die klaren Worte des Oberbürgermeisters.

Die Landtagsabgeordnete Gudrun Brendel Fischer betonte, dass Reinhold Richter einer der ersten gewesen sei, der sich dafür eingesetzt habe, dass Behinderte mit als erste gegen Corona geimpft wurden. Im Anschluss an den offiziellen Teil der Feier hatten die Mitglieder der Aphasie-Gruppe und die eingeladenen Gäste noch die Möglichkeit, sich in persönlichen Gesprächen auszutauschen und gemeinsam zu erörtern, inwieweit Politik und Gesellschaft einen Beitrag dazu leisten könnten, die Situation von Aphasie-Geschädigten zu verbessern.

## Klettern und politische Gespräche für Klein und Groß



Klein und Groß kamen zum Kletternachmittag mit Melanie Huml (Mitte) und Dr. Silke Launert nach Pottenstein. Organisiert hatte die Veranstaltung die FU - federführend Sabine Habla (Zweite von links) und Regina Schrembs (Zweite von rechts).

**Pottenstein.** Klettern, Spaß und gute Gespräche: Im September kam die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und Internationales, Melanie Huml, auf die Einladung der Frauen Union und der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert zum Familiennachmittag in den Kletterwald nach Pottenstein. Auch viele Familien folgten der Einladung und verbrachten einen ereignisreichen Tag im Kletterwald.

Während die Kinder sich beim Klettern austoben konnten, tauschten sich die Eltern bei Kaffee und Kuchen mit den Politikerinnen über die aktuellen politischen Ereignisse aus. Huml berichtete von den bevorstehenden Herausforderungen auf internationaler Ebene und machte klar,

dass auch gerade das europäische Ausland auf die neuen Entwicklungen in der deutschen Bundespolitik schaut.

Dr. Silke Launert stellte fest: „Die Herausforderungen werden nicht weniger. Deshalb ist eine starke Union für Deutschland, aber gerade auch für eine starke und stabile CSU in Bayern, wichtig!“ Zudem bedankte sich die Bundestagsabgeordnete bei der Familie Stahlmann, die Betreiber des Kletterwaldes ist und die Veranstaltung somit ermöglichte. „Es ist gut, wenn in diesen Zeiten auch Unternehmer sich zu einer Partei bekennen und sich für politisch stabile Verhältnisse einsetzen“, so Launert.

## Quo Vadis CSU? Wahnachlese mit Dr. Silke Launert



**Bayreuth.** Mangelndes Vertrauen, falsche und fehlende Inhalte im Wahlkampf oder Corona: Es gibt viele Meinungen, warum CDU und CSU bei der Bundestagswahl 2021 etliche Wählerstimmen verloren haben. Um in Zukunft den Wähler wieder mehr zu erreichen und gemachte Fehler nicht zu wiederholen, tauschte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert einige Wochen nach der Wahl mit Bürgerinnen und Bürgern aus dem Wahlkreis in einer Videoschleife aus.

Viele Themen kamen in den gut zwei Stunden zur Sprache: von der Familienpolitik über die Klima- und Flüchtlingspolitik zur Steuerpolitik. Enttäuschung kam von den Handwerkern und Landwirten, die sich nicht gehört und im Stich gelassen fühlten. Auch wurde gerügt, dass nicht deutlich geworden sei, wofür die Union jetzt stehe. Dabei wurde aber klar: Frustriert sind die Bürgerinnen und Bürger nicht von ihren Abgeordneten vor Ort, sondern vielmehr von der Partei.

Launert verdeutlichte, dass die Arbeit der Union in der Opposition eine andere sei. „Wir haben keine Mehrheiten mehr im Parlament“, erläuterte sie. Dennoch werde sie sich einbringen und die Interessen ihres Wahlkreises in Berlin wie gewohnt vertreten.

## Waldorfkindergarten Bayreuth feierlich eröffnet



**Bayreuth.** Lachen, toben, spielen: Der neue Waldorfkindergarten in der Wilhelminenaue ist fertig – nach rund sechs Jahren der Planung und des Baus sind 74 Kita- und Krippenplätze am neuen Standort entstanden. Früher als gedacht können die Kinder einziehen. Zur feierlichen Eröffnung am Samstag gratulierte auch Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert und sagte in ihrem Grußwort:

„Geborgenheit und Freiheit – sich geschützt und umsorgt fühlen auf der einen Seite und sich erproben dürfen, ausprobieren, frei sein – auf der anderen Seite. Für all dies steht der Waldorfkindergarten Bayreuth, der heute ein neues Zuhause bekommt!“ Launert konnte sich schon einen kleinen Eindruck verschaffen vom neuen Zuhause des Waldorfkinder Gartens: „Wirklich ganz toll“, sagte die Abgeordnete. „Besonders gut gefallen mir die vielen Fenster, die ganz viel Licht und Leben reinlassen.“



Kita und Kindergarten seien weitaus mehr als nur Orte, zu denen man seine Kinder morgens bringe und am Nachmittag wieder abhole. Kitas und Kindergärten seien Orte, an denen Kinder vermittelt bekämen, was sie für ihr späteres Leben bräuchten. „Oder anders ausgedrückt: Orte des Großwerdens, des Wachsens“, sagte Launert.

Markus Buchbinder, der Vorsitzende des Waldorfkindergarten-Vereins, und Claudia Lutz, Kindergartenleiterin, ließen die vergangenen Jahre bis zur Fertigstellung des Kindergartens Revue passieren und auch Oberbürgermeister Thomas Ebersberger gratulierte zur Eröffnung.

Anschließend wurde mit einem Rahmenprogramm für Groß und Klein – mit Märchenerzählerin, Eiswagen, Puppenspiel und Tombola – den ganzen Nachmittag gefeiert.

## 40 Jahre Kinderschutzbund Bayreuth



**Bayreuth.** Mit einem großen Festakt hat der Kinderschutzbund Bayreuth im September 40. Jubiläum gefeiert. Unter den rund 130 Gästen im Europasaal des Jugendkulturzentrums war auch Dr. Silke Launert.

Nach der Begrüßung durch die stellvertretende Vorsitzende des Kinderschutzbundes Bayreuth, Petra Kresin-Cordts, sowie Grußworten von Familienministerin Carolina Trautner per Videobotschaft, Oberbürgermeister Thomas Ebersberger und Landrat Florian Wiedemann folgte die Festansprache zu den Themen Kinderrechte und Kinderarmut von der Vizepräsidentin des Kinderschutzbundes Deutschland, Ekin Deligöz.

Anschließend wurde ein kurzes Video vorgestellt, in welchem sich Jugendliche zum Thema Kinderrechte äußerten. Grundschüler präsentierten ebenfalls ein Video. In „Das verzauberte Picknick oder: Kinder haben Rechte“ lernten Kinder von weisen Bäumen ihre Rechte kennen. Es sang und tanzte der Chor der Zamirsternchen.

## Gemeindebesuch Pegnitz: Erneute Unterstützung für die Sanierung der Christian-Sammet-Halle

**Pegnitz.** Erfolgreich hatte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert für Bundesfördermittel zur Sanierung der Christian-Sammet-Halle eingesetzt. 1,2 Millionen Euro fließen vom Bund für die energetische Sanierung der Halle. Ende Oktober war Launert zum Gemeindebesuch bei Pegnitz Bürgermeister Wolfgang Nierhoff, um über weitere Fördermöglichkeiten für die benötigte neue raumluftechnische Anlage für die Halle zu sprechen.

Mit den Fördermitteln in Höhe von 1,2 Millionen Euro werden Dach und Fassade der Christian-Sammet-Halle saniert. Für den Einbau raumluftechnischer Anlagen gibt es ein extra Förderprogramm, das die Stadt gerne in Anspruch nehmen würde. Das Problem: Der Förderhöchstsatz von 500.000 Euro wird nur beim Einbau neuer Anlagen gewährt. Für die Ertüchtigung alter, bereits bestehender

Anlagen gibt es lediglich 200.000 Euro Förderung. Wie Nierhoff und Manfred Kohl, Abteilungsleiter Bauamt, erklärten, sei die Anlage jedoch so alt, dass sie nahezu komplett rückgebaut und ersetzt werden muss, was einem Neueinbau gleiche. Für die Gesamtkosten von rund 700.000 Euro hofften die beiden auf den Förderhöchstsatz und baten Launert um Unterstützung, die zusagte, diesbezüglich beim zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle nach den genauen Förder-Anforderungen nachzufragen.

Des Weiteren beschäftigt die Stadt seit einiger Zeit die Entwicklung des Pep-Geländes im Zentrum von Pegnitz. Bereits 2015 wurde beschlossen, dass die Hochschule für den öffentlichen Dienst, Abteilung Rechtspflege, von Starnberg nach Pegnitz verlegt werden soll. Zwei Grundstücke stehen als potentieller Standort zur Diskussion. Bürgermeister Nier-

hoff favorisiert das Pep-Gelände im Zentrum der Stadt für den Bau. Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung, stimmte Kohl zu. Und der Bürgermeister betonte, dass es nicht zu rechtfertigen wäre, Wald zu roden, wenn die Stadt eine geeignete Brachfläche für den Neubau zur Verfügung hat. Für den zweiten, zur Debatte stehenden Standort, neben der Bayerischen Justizakademie im Westen von Pegnitz müssten nämlich einige Bäume gefällt werden, um Platz zu schaffen. Mit der Bundestagsabgeordneten diskutierte man über Vor- und Nachteile der Standorte sowie die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten für die Stadt nach Umzug der Hochschule.

Info: In München wurde jetzt kurz vor Weihnachten die Entscheidung getroffen, dass die Fachhochschule für Rechtspflege kommt. Standort wird das ehemalige Pep-Gelände.



Mit Manfred Kohl, Abteilungsleiter Bauamt, Michael Breitenfelder, Geschäftsführer Wirtschaftsband A9 Fränkische Schweiz e.V., und Bürgermeister Wolfgang Nierhoff (von links) tauschte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert unter anderem über die Sanierung der Christian-Sammet-Halle und die Entwicklung des Pep-Geländes aus.

## Bundesprogramm „rehapro“ – Förderung für Modellprojekt der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern

**Berlin/Bayreuth.** Für ihr Modellprojekt „Zeitlich angepasste Tätigkeit mit ambulanter berufsbezogener Begleitintervention (ZaTaB)“ erhält die Deutsche Rentenversicherung (DRV) Nordbayern Fördergelder vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales aus dem zweiten Projektauftrag des Bundesprogramms „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben – rehapro“. Darauf macht Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert aufmerksam.

Für die Projektlaufzeit vom 1.11.2021 bis zum 31.10.2026 erhält die DRV Nordbayern mehr als 19 Millionen Euro Bundesfördermittel. In dem Modellprojekt soll die Teilhabe psychisch Erkrankter am Arbeitsleben ermöglicht werden – etwa durch Arbeitszeitreduktion bis maximal zur Hälfte der regulären Arbeitszeit und eine intensive psychotherapeutische Bearbeitung berufsbezogener Belastungen. Hintergrund: Psychische Erkrankungen zählen zu den häufigsten Gründen für Krankschreibungen. Diese dauern häufig besonders lange und können zur Ausgliederung führen. Psychische Erkrankungen zählen zu den häufigsten Gründen für Erwerbsminderungsrenten. Doch nicht immer führt die Erkrankung zu einer vollständigen Aufhebung des Arbeitsvermögens. An diesem Punkt setzt das Modellprojekt an.

Ziel des Bundesprogramms ist es, durch die Erprobung von innovativen Leistungen und innovativen organisatorischen Maßnahmen – wie durch das Modellprojekt der DRV Nordbayern – neue Wege zu finden, um die Erwerbsfähigkeit von Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen noch besser zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Langfristig soll der Zugang in die Erwerbsminderungsrente und die Eingliederungshilfe bzw. Sozialhilfe nachhaltig gesenkt werden. Zur Umsetzung von rehapro stehen bis 2026 insgesamt rund eine Milliarde Euro zur Verfügung. Die einzelnen Modellprojekte können bis zu fünf Jahre gefördert werden. Die Projekte des zweiten Förderauftrags starten voraussichtlich Ende 2021.

## Holzofenbäckerei Buchauer und Mineralölhandel Pickelmann: Zwei Branchen, ein Problem – Auf der Suche nach Personal

**Pegnitz/Betzenstein.** Die steigenden Energiepreise und das fehlende Personal sind die großen Themen, die Anette und Dr. Rainer Grill, Inhaber der Holzofenbäckerei Buchauer in Pegnitz, derzeit beschäftigen.

Bei einem Besuch der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert ging es unter anderem um diese Herausforderungen. Zwar habe der Betrieb die Corona-Krise gut überstanden, der Mitarbeitermangel stelle die Unternehmer nun jedoch vor ganz neue Probleme. Weil Grill weder Verkäufer noch Fahrer bekommt, überlegt er sogar einen Tag in der Woche zuzusperren oder sieht die Belieferung von Kunden in Gefahr. Der Bäckerei-Inhaber sieht das Problem in vielen Branchen, die Schwierigkeiten haben, ihren Service weiter gewährleisten und aufrechterhalten zu können. Der Zustand sei teilweise sogar existenzbedrohend. Eigentlich könnten Anette und Rainer Grill expandieren und weitere Filialen eröffnen – doch dafür fehlt den Inhabern das Personal. Gleiches berichteten Heinrich Pickelmann und sein Sohn Rüdiger Pickelmann, Geschäftsführer des Familienunternehmens Mineralölhandel Pickelmann in der dritten Generation. Das Unternehmen bekomme kaum Spediteure. Auch die Lieferzeiten für bestellte Lkws seien enorm. Weil Elektronikteile nicht zu



Dr. Silke Launert zu Besuch bei Anette und Dr. Rainer Grill, Inhaber der Holzofenbäckerei Buchauer.

bekommen sind, warten Kunden bis zu einem Jahr, berichteten die Unternehmer bei einem Besuch der Abgeordneten.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen bieten die Mineralöhländler nun auch Pellets an, da immer mehr Menschen von der Öl- zu Pellets-Heizungen wechseln, sagte Heinrich Pickelmann. Man wolle die Kunden, die umsteigen, nicht verlieren.

E-Fuels sei zudem, dass die komplette, bereits bestehende, Infrastruktur – Pipelines, Tankstellen – weiter genutzt werden können. Die Politik müsse Technologieoffenheit zulassen. Dem stimmte auch Bundestagsabgeordnete Launert zu, die betonte, dass Elektrotechnologie nicht für alle Branchen die perfekte Lösung sei. Die Entwicklung der E-Fuels müsse schneller vorangetrieben werden.



Großes Thema waren auch E-Fuels, CO<sub>2</sub>-neutral hergestellte Kraftstoffe. Mit Blick auf die zu erreichenden Klimaziele sagte Rüdiger Pickelmann: „Die Verbrenner sind nicht das Problem, wir müssen nur den Kraftstoff ersetzen.“ Die Emissionen kämen nicht vom Motor, sondern vom Kraftstoff. Vorteil der

Aus diesem Grund fordern die Mineralöhländler – ebenso wie der UNITI Bundesverband mittelständischer Mineralölunternehmen –, die Anrechnung von E-Fuels in die CO<sub>2</sub>-Flottenregulierung für Neufahrzeuge.

Werden klimaneutrale Kraftstoffe wie E-Fuels in der derzeit laufenden EU-Konsultation nicht angerechnet und als emissionsfrei anerkannt, können Verbrenner ab 2035 nicht mehr zugelassen werden, erklärte Rüdiger Pickelmann. „Wir leben von der Automobilindustrie und machen diese so sukzessive kaputt“, fügte er hinzu.

## Die Renovierungsarbeiten im Historischen Museum Bayreuth gehen voran



**Bayreuth.** Die Renovierungsarbeiten im Historischen Museum sind in vollem Gange. Vom Fortschritt der Arbeiten machte sich die Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert mit Stadtrats-Kollegen Dr. Stefan Specht im Oktober selbst ein Bild. So sind laut Museumsleiterin Martina Ruppert bereits die Fenster gestrichen, die Alarmanlage getauscht und neue Bewegungsmelder angebracht worden. Anstelle des gewohnten Weiß in allen 34 Ausstellungsräumen habe sie sich für die Wände ein eigenes Farbkonzept überlegt.

Im ersten oder zweiten Quartal des kommenden Jahres soll das Museum wieder für Besucher öffnen. Ruppert wünscht sich, dass dann auch der Museumshof wieder mehr für Veranstaltungen genutzt wird.

Museumsleiterin Martina Ruppert (links) führte die Gäste durch das Museum und zeigte die Fortschritte der Sanierung.



## Dr. Silke Launert mit überragender Mehrheit als Bezirksvorsitzende der Frauen Union Oberfranken wiedergewählt



**Steinbach am Wald.** Fast einstimmig (98,5 Prozent) wurde Dr. Silke Launert als Bezirksvorsitzende der Frauen Union Oberfranken wiedergewählt. Zum Ausgang der Wahl sagte Launert bei der Versammlung im Freizeit- und Tourismuszentrums Steinbach am Wald:

„Ich möchte mich ganz herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen bedanken.“ Besonders bedankte sich Launert bei ihrem Vorstandsteam für die gute Zusammenarbeit und bei dem ausrichtenden Kreisverband Kronach unter der Vorsitzenden Sibylle Fugmann.

Die Bezirksvorsitzende blickte in einem kurzen Abriss über die Veranstaltungen auf die vergangene Wahlperiode zurück. So erinnerte Launert unter anderem an den Ausflug der Frauen Union nach Weißenstadt zur Firma Pema Lebkuchen sowie das zugehörige Museum. Pema sei ein herausragendes Beispiel für die Verbindung von natürlichen Zutaten aus der Region, so Launert. Darüber hinaus erinnerte Launert an Veranstaltungen im Rahmen des Kommunalwahlkampfes, wie etwa

eine Veranstaltung in Itzgrund zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Familie und Pflege. Als dann die Corona-Pandemie ausgebrochen sei, habe man sich schnell auf die neue Situation eingestellt und sei auf Online-Formate gewechselt. So erinnerte Launert an eine Veranstaltung zum Thema Impfstoff sowie zum Kinderschutz und der Bekämpfung von Kindesmissbrauch, eine Videoschleife mit der neuen FU-Landesvorsitzenden Ulrike Scharf zum neuen Logo der Frauen Union sowie eine Veranstaltung mit der Drogenbeauftragten der Bundesregierung Daniela Ludwig. Weitere Highlights seien zudem der Vortrag zum Thema Tierwohl und die Diskussionsrunde zum Thema Altersarmut von Frauen gewesen. Nicht zuletzt habe es auch viele interessante Veranstaltungen im Bundestagswahlkampf gegeben. Neben einem Brunch im Lichtenfels, dem Besuch von Dorothee Bär in Gößweinstein inklusive eines Treffens mit verschiedenen Unternehmerinnen der Region bleibe auch der Familiennachmittag im Kletterpark Pottenstein in schöner Erinnerung.

Ebenso seien viele Anträge verfasst und eingebracht worden – etwa zu den Themen Kindesmissbrauch, Mittagessen an Ganztagschulen oder Barrierefreiheit. „Die Ideen gehen uns nicht aus. Wir werden uns weiterhin mit vielen Anträgen einbringen“, sagte Launert.

Auch auf bundespolitischer Ebene sei im Familienbereich viel erreicht worden, so Launert, die in der vergangenen Legislaturperiode Obfrau der Unionsfraktion im Familienausschuss war. Konkret verwies sie auf die Einführung der Mindestquote für Vorstände börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Unternehmen sowie den jüngst beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Ohne die Unterstützung des Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Markus Söder seien beide Vorhaben nicht möglich gewesen. Launert betonte dabei noch einmal die herausragende Wichtigkeit des neuen Rechtsanspruchs für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Für die Eltern, die arbeiten wollen oder müssen, sei eine Betreuung ihrer Kinder auch im Grundschulalter von essentieller Bedeutung. Für die Frauen Union sei klar: **Jede Frau werde akzeptiert, egal, welchen Weg sie geht. Das sei wahre Gleichberechtigung, so Launert.**

Auch der Kronacher Landrat Klaus Löffler und der Bürgermeister von Steinbach am Wald, Thomas Löffler, ließen es sich nicht nehmen, zu der Versammlung zu kommen und, wie auch Bundestagsabgeordnete Emmi Zeulner, ein kurzes Grußwort zu halten. Der Landrat und der Bürgermeister erinnerten daran, wie wichtig der Sachverstand und die politische Initiative der Frauen Union für die Politik vor Ort sei. Die Frauen Union leiste großartige Arbeit, auf die man stolz sein könne. Und auch Zeulner lobte den bemerkenswerten Einsatz der Frauen Union, die immer wieder auf die wichtigen sozialen Themen hinweise und nie nachlasse.

Bei den anschließenden Wahlen besetzte die Versammlung neben dem Amt der Bezirksvorsitzenden eine ganze Reihe an Stellvertretern, Beisitzern und weiteren Ämtern neu – vier stellvertretende Bezirksvorsitzende, zwei Schriftführerinnen, eine Schatzmeisterin, 14 Beisitzerinnen, zwei Kassenprüferinnen, 14 Delegierte und 14 Ersatzdelegierte in die Landesversammlung.

**Stellvertretende Vorsitzende** sind Christine Feiler (KV Hof-Stadt), Tanja Herbert-Nebe (KV Forchheim), Petra Öhring (KV Kronach) und Sabine Saam (KV Bamberg-Land).

Elke Eberl (KV Bamberg-Land) und Sabine Jaklin (KV Kronach) sind **Schriftführerinnen**, Helga Geheeb (KV Bamberg-Land) ist **Schatzmeisterin** und Monika Fries (KV Bamberg-Land) und Christine Nüßlein (KV Bamberg-Land) sind **Kassenprüferinnen**.

**Beisitzerinnen** sind: Pia Assmann (KV Kulmbach), Heidi Bauer (KV Coburg-Land), Gabriele Baumgärtner (KV Bamberg-Land), Christine Berek (KV Wunsiedel), Ragida Deeb (KV Coburg-Stadt), Ursula Ehrler (KV Hof-Land), Corina Grimm (KV Forchheim), Sylvia Heib (KV Lichtenfels), Nadja Heinbuch (KV Bamberg-Land), Birgit Knörlein (KV Forchheim), Brigitte Soziaghi (KV Kulmbach), Alexandra Stöcker (KV Lichtenfels), Manuela Trebes (KV Lichtenfels) und Regina Schrembs (KV Bayreuth-Land).

## Wahl des Kreisvorstandes der CSU Bayreuth- Stadt: Starkes Ergebnis für die wiedergewählte Kreisvorsitzende Dr. Silke Launert



**Bayreuth.** Starkes Ergebnis für Silke Launert: Mit 97,4 Prozent der Stimmen wurde sie als Kreisvorsitzende des Kreisverbandes Bayreuth-Stadt wiedergewählt. Von insgesamt 76 Stimmen wurden lediglich zwei nicht für sie abgegeben.

„Ich freue mich wirklich sehr über diese Rückendeckung!“, so Launert. Besonders erfreulich sei auch, so die frisch wiedergewählte Vorsitzende, dass sich der Frauenanteil im Kreisverband insgesamt deutlich erhöht habe und im Kreisvorstand sogar auf 40 Prozent angestiegen sei. Zudem habe sich der Kreisvorstand deutlich verjüngt.

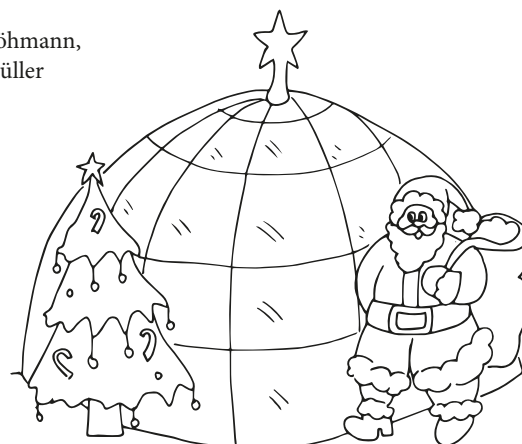
Die vergangenen zwei Jahre seien von vielen Herausforderungen geprägt gewesen. Der Kommunalwahlkampf, die Bundestagswahl und Corona hätten dem Kreisverband und seinen Mitgliedern viel abgefordert. Trotz der zum Teil widrigen Umstände konnte die CSU Bayreuth-Stadt ihre Themen setzen. Inhaltliche Schwerpunkte waren unter anderem die Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots sowie die Stärkung regionaler Kreislaufe in Verbindung mit Lebensmitteln. Mit dem Ziel, die Politik vor Ort so praxis- und bürgernah wie nur möglich zu gestalten, wurden im Rahmen der vom Kreisverband organisierten „Zuhörtour“ Anliegen gesammelt, welche die Menschen vor Ort bewegen. Darüber hinaus waren in den vergangenen zwei Jahren gleich mehrere prominente Gäste zu Besuch, unter anderem der Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion und Fraktionsvize Dr. Carsten Linnemann (Stand Frühjahr 2021) sowie der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus.

Etabliert wurde außerdem das sogenannte „Bayreuther Bürgerblatt“, welches nun jedes Jahr zu Weihnachten erscheint. Der Neujahrsempfang sowie das Weinfest, welche coronabedingt im vergangenen Jahr ausfallen mussten, waren und sind weitere wesentliche Bestandteile des alljährlichen Programms, wie der Kreisverband hervorhebt.

Auch für die Zukunft hat die CSU Bayreuth-Stadt viel vor: „Wir wollen die Familien vor Ort noch stärker unterstützen, die Zusammenarbeit mit den Vereinen weiter ausbauen, sowie den Mittelstand und die Innenstädte stärken“, so die frisch wiedergewählte Kreisvorsitzende.

### Der neue Kreisvorstand

Kreisvorsitzende	Dr. Silke Launert
Stellvertreter	Professor Dr. Christopher Huth, Stephanie Anna Kollmer, Ingrid Heinritzi-Martin, Julia Rogler, Christian Wedlich
Kreisgeschäftsführer	Mirko Matros
Schatzmeister	Markus Drechsel
Schriftführer	Markus Krebs
Digitalbeauftragter	Manuel Brinkmann
Beisitzer	Dr. Thomas Brüggemann, Jutta Bühl, Oliver Hohlbach, Julia Höhmann, Helmut Parzen, Heidi Sandner, Sebastian Machnitzke, Claus Müller



## Unternehmensbesuch bei Cybex: Launert besichtigt Crashtestanlage



**Bayreuth.** Bereits im Jahr 2017 hatte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert für den Bau einer Crashtestanlage – und damit für die Entstehung hunderter Arbeitsplätze – des Unternehmens Cybex am Standort Bayreuth eingesetzt. Endlich gelang es der Abgeordneten die Anlage, die 2019 eingeweiht wurde, persönlich zu besichtigen.

Der Hintergrund: Dem Unternehmen war ein guter Draht zur Politik damals sehr wichtig und hatte daher um politische Unterstützung bei der Standortentscheidung der Anlage gebeten. So hatte Launert 2017 Kontakt zur damaligen bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hergestellt und sie nach Bayreuth eingeladen, um Cybex zu besichtigen. Damals legte das Unternehmen seine Pläne vor, eine Crashtestanlage mit Forschungszentrum in Bayreuth zu bauen. Zudem vermittelte Launert den Unternehmern ein Bild mit der damaligen Kanzlerin Angela Merkel, die im Rahmen des Wahlkampfes auf Einladung der Bundestagsabgeordneten in Bayreuth zu Gast war.

Der Einsatz hatte sich gelohnt: Dank der finanziellen Unterstützung durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Medien, Energie und Technologie und des von Dr. Silke Launert organisierten Fotos der Unternehmer mit der Kanzlerin, konnte der chinesische Mutterkonzern Goodbaby vom Standort Bayreuth überzeugt werden. Bei der offiziellen Einweihung der Anlage konnte Launert aufgrund einer Sitzungswoche in Berlin damals jedoch leider nicht dabei sein, holte dies vor kurzem aber nach und ließ sich von Johannes Schlamming, Cybex-CEO, die Anlage zeigen.

## Frauen Union Bayreuth Land und Forchheim unterstützen Marktkaufleute - Naschereien für soziale Institutionen



**Bayreuth/Forchheim.** Die Christkindlmärkte in der Region waren dieses Jahr bereits aufgebaut und geöffnet. Die Marktkaufleute hatten sich vorbereitet, eingekauft und waren guter Dinge. Dann kam die Absage aller bayerischen Weihnachtsmärkte wegen Corona und sie mussten schließen.

Die Frauen Union Bayreuth-Land und Forchheim, unter Federführung von Sabine Habla und Tanja Herbert-Nebe, haben sich daraufhin etwas Besonderes ausgedacht um zu helfen und haben Spenden gesammelt. So kamen über 2.000 Euro zusammen. Davon kaufte die FU bei den Bayreuther Marktkaufleuten Korn, Maisel und Sommerer Mandeln, Nüsse, Fruchtbrot, Popcorn und weitere Leckereien, um damit Pflege-



kräften und Bewohnern in Senioren- und Wohnheimen in der Weihnachtszeit eine Freude zu machen.

Somit konnten 15 Kartons je mit einem Warenwert von ca. 150 Euro zusammengestellt und in Einrichtungen von Warmensteinach, Weidenberg, Speichersdorf, Creussen, Bindlach, Eckersdorf, Heinersreuth, Glashütten, Waischenfeld, Hollfeld, Pegnitz und zwei in Bayreuth abgegeben werden.

Auch die Forchheimer FU kaufte allerlei Naschereien von den Marktkaufleuten vor Ort und verteilte sie an soziale Einrichtungen sowie an die Polizei Ebermannstadt.

## Gemeindebesuch Glashütten: Streifzug durch die Gemeinde mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert

**Glashütten.** Bei einem Gemeindebesuch der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launer zeigten Bürgermeister Sven Ruhl und fast der gesamte Gemeinderat der Abgeordneten die wichtigsten Projekte der Gemeinde.

So ging es für die Gruppe zunächst zum Feuerwehrhaus, wo der zweite Bürgermeister und gleichzeitig Kommandant der Freiwilligen Feuerwehr, Oliver Becker, Launert die Räume zeigte. 15 bis 20 Einsätze leisten die rund 40 Aktiven im Jahr – das meiste davon sind technische Hilfeleistungen. Um weiterhin einsatzbereit zu sein, braucht der Löschzug- und Gefahrgutstandort ein neues Mehrzweckfahrzeug, das demnächst angeschafft werden soll. Und auch das Löschfahrzeug aus dem Jahr 1980 müsste bald ersetzt werden.

Ein wichtiger Teil des Dorfes ist auch die Grundschule. Gut 100 Erst- und Zweitklässler werden dort unterrichtet. Die dritte und vierte Klasse sind in Mistelgau untergebracht. Schulleiterin Angelika Heerlein führte Launert durch die Schule und sprach von einer sehr guten Zusammenarbeit mit dem Schulverband.

Um die Kinderbetreuung in der Gemeinde zu garantieren, soll der 2012



sanierte Kindergarten angebaut werden. In einem neuen Gewerbegebiet am Ortsausgang Richtung Mistelgau werden Ende Oktober 41 neue Bauparzellen erschlossen. Durch das geplante Neubaugebiet steigt der Bedarf an Betreuungsplätzen, der Kindergarten wird zu eng, sagte Ruhl. Komplette saniert hat die Gemeinde auch die Mehrzweckhalle. Dort finden allerlei Veranstaltungen das ganze Jahr über statt.

Zuletzt zeigte Bürgermeister Ruhl Launert und Täuber das Unternehmen Metallbau Hammer. Dort ging es unter anderem um die Themen Fachkräfte-Gewinnung und Preissteigerungen. Wie Unternehmer Lars Hammer sagte, seien auch die Lieferzeiten für Materialien enorm gestiegen. Metallbau Hammer fertigt Geländer und Zäune aus Stahl und Edelstahl – hauptsächlich für Privatkunden. Die Auftragsbücher sind voll, sagte Hammer.

## Sanierung Fensterschürzenhaus: Erste große Etappe erreicht



**Mistelgau.** Die Sanierungsarbeiten des Kulturdenkmals schreiten voran. Die erste große Etappe ist erreicht: Das morsche Gebälk ist bereits ausgetauscht und das Dach energetisch aufgerüstet worden. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert freut sich über den Fortschritt und gratuliert dem Verein „Rettet die Fachwerk- und Sandsteinhäuser“ mit der Vorsitzenden Brigitte Trausch an der Spitze zu diesem Etappen-Ziel, das in Mistelgau im November gefeiert wurde. Die Bundestagsabgeordnete hatte sich für das Projekt stark gemacht. Im Mai vergangenen Jahres bewilligte der Bund Fördermittel in Höhe von 150.000 Euro für die Sanierung des Mistelgauer Kulturdenkmals. Auf Initiative des Vereins „Rettet die Fachwerk- und Sandsteinhäuser“ und mit Unterstützung der bayernweit aktiven, bürgerschaftlichen Initiative Kulturerbe Bayern soll mit Hilfe des Geldes das Sandsteinhaus mit seinen schmucken Verzierungen, sogenannten Fensterschürzen, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht werden.

2018 hatte der Verein „Rettet die Fachwerk- und Sandsteinhäuser“ das denkmalgeschützte Haus erworben. Vier unterschiedliche Fensterschürzen schmücken dessen Fassade, darunter ein absolutes Unikat: Eine etwa ein Quadratmeter große Fensterschürze unter dem Giebfenster zeigt eine Geige mit Bogen umgeben von Klarinette und Flöte. Die handgemeißelten Musikinstrumente erinnern daran, dass der einstige Bauherr Konrad Knörl, der das Haus 1837 nach einem Dorfbrand errichtet hatte, als Musiker diese Instrumente spielte.

## Gemeindebesuch Plech und Betzenstein: Millioneninvestition in die Kläranlage



An der Kläranlage informierte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert über die geplanten Maßnahmen.

**Plech/Betzenstein.** Die gemeinsame Kläranlage der Stadt Betzenstein und der Gemeinde Plech muss dringend saniert werden. In den nächsten Jahren kommen hohe Investitionen auf die Kommunen zu. Bei Gemeindebesuchen sah sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert die Kläranlage mit den beiden Bürgermeistern Claus Meyer (Betzenstein) und Karlheinz Escher (Plech) sowie weitere wichtige Projekte in den beiden Kommunen vor Ort an.

Gut 30 Jahre ist die Kläranlage der Verwaltungsgemeinschaft Betzenstein-Plech alt. Die Zeit hat vieles überholt. Die neue Anlage soll nicht nur eine bessere Reinigungsleistung haben, sondern auch die Energiekosten enorm senken und nur noch 30 Prozent der momentanen Energiekosten brauchen. Wie die Bürgermeister sagten, könne die Verwaltungsgemeinschaft so zwischen 20.000 und 30.000 Euro sparen.

Betzenstein investiert zudem fast 2 Millionen Euro in ein Abwasserpumpwerk und eine neue Druckleitung für den Ortsteil Weidensee. Die Kosten sind vor allem auch wegen der

geologischen Gegebenheiten im Veldensteiner Forst so hoch.

Für die zwei Kommunen mit gerade einmal rund 4000 Einwohnern sei die Investition von insgesamt etwa 4 Millionen Euro enorm und ohne Fördermittel nicht zu stemmen. Eine Finanzspritze gibt es über die Kommunalrichtlinie, mit der Maßnahmen finanziell unterstützt werden, die Energie sparen und zum Klimaschutz beitragen, und die Richtlinie für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 2018). Die Bürgermeister wünschten sich eine Aufstockung der Fördermittel der Kommunalrichtlinie und die Berücksichtigung geologischer Besonderheiten sowie ein Sonderprogramm für Karstgemeinden.

In Betzenstein besichtigte die Bundestagsabgeordnete mit Bürgermeister Claus Meyer des Weiteren die Apotheke. Wegen Personalmangels musste diese schließen – der Notdienst konnte nicht mehr geleistet werden. Dabei sei nicht die Wirtschaftlichkeit das Problem. Vielmehr werde die Personalproblematik durch

den Notdienst verschärft. Im ländlichen Raum sei die Frequenz höher. Zwar wird der 24-Stunden-Notdienst doppelt vergütet, das bedeutet aber auch, dass die Wochenarbeitszeit für den diensthabenden Apotheker bereits an einem Tag abgeholten ist.

Ein Lösungsvorschlag: Ähnlich der Telemedizin ist der Apotheker im Notdienst nicht 24 Stunden vor Ort, sondern steht online für Beratungen zur Verfügung. Die Digitalisierung könne besonders für die medizinische Versorgung im ländlichen Raum eine große Chance sein. Der Bürgermeister bedauerte die Schließung: „Das ist wieder ein Angebot, das wegfällt.“

Erfreulicher hingegen war die Nachricht, dass die Tagespflege gut läuft. 18 Plätze stehen für die Gäste zur Verfügung. Mitarbeiterin Helga Zimmermann berichtete der Bundestagsabgeordneten von anfänglichen Anlaufschwierigkeiten. Mittlerweile habe sich das Angebot jedoch herumgesprochen und werde sehr gut angenommen.



## Gemeindebesuch Speichersdorf: Ausbau Angebot zur Kinderbetreuung



Aus dem ehemaligen Schulhaus in Kirchenlaibach soll eine Kita werden. Bürgermeister Christian Porsch (Mitte) sowie die Gemeinderäte Matthias Busch (links) und Franc Dierl (rechts) zeigten Dr. Silke Launert und Markus Täuber das Gelände.

**Speichersdorf.** Die Gemeinde investiert mit einem Rekordhaushalt 12 Millionen Euro. Nach 30 Jahren dringend saniert und erweitert werden muss die Kläranlage. Die Werner-Porsch-Volksschule wird saniert sowie das ehemalige Schulhaus in Kirchenlaibach zur Kita umgebaut. Im Rahmen eines Gemeindebesuches informierte sich Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert über die aktuellen Projekte und Herausforderungen der Gemeinde und besuchte mit Bürgermeister Christian Porsch, Geschäftsführer Thorsten Leusenrink und den Gemeinderäten Matthias Busch und Franc Dierl die U 18-Wahl im Rathaus.

Bürgermeister Porsch war froh, dass die Diakonie vor zwei Jahren den Mut bewiesen habe, die Tagespflege zu eröffnen. „Angebot schafft Nachfrage“, sagte Launert. „So ein Angebot gehört in jede Kommune.“

In jede Kommune gehört – spätestens seit der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung beschlossene Sache ist – auch ein gutes Angebot zur Kinderbetreuung. Mit der Sanierung der Werner-Porsch-Volksschule will die Kommune auch die Ganztagsbetreuung ausbauen. Die Mittagsbetreuung werde schon jetzt gut angenommen, sagte Porsch.



Ein Angebot, das für die Bundestagsabgeordnete in jede Kommune gehört: Die Tagespflege der Diakonie eröffnete vor gut zwei Jahren in Speichersdorf und hat sich gut entwickelt.

Als ehemalige Obfrau im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind Launert besonders auch die Themen Kinderbetreuung und Pflege wichtig. Deshalb besuchte sie mit Bürgermeister Porsch und den Gemeinderäten die Tagespflege Senta der Diakonie. Die stellvertretende Leiterin Karina Volkmann sprach mit der Abgeordneten über die Herausforderungen in der Pflege. Dabei sei nicht alleine eine bessere Bezahlung ausschlaggebend. Genauso wichtig seien mehr Wertschätzung, weniger Bürokratie und damit mehr Zeit für die Gäste der Tagespflege. Ebenso wünsche Volkmann sich mehr Angebote zur Förderung der Gesunderhaltung von Pflegekräften.

Die Gemeinde tendiere zu einem Hort-Modell für die Betreuung. Gebraucht werde dafür auch eine Mensa.

Die Idee: eine gemeinsame Küche zusammen mit dem Kindergarten. Der Gemeinderat wolle im Herbst/Winter über die Maßnahme beraten und die nötigen Beschlüsse fassen, um dann mit einem Ideen- und Architektenwettbewerb starten zu können. Auch das ehemalige Schulhaus in Kirchenlaibach soll zur Kita umgebaut werden, um ein zusätzliches Angebot zu schaffen.

## Besuch der Lehranstalt für Fischerei in Aufseß und Metzgerei Lindner – Mit Online-Handel gut durch die Krise



Mit ihrem Online-Shop sind Daniel und Isolde Lindner (von links), Inhaber der Metzgerei Lindner, gut durch die Krise gekommen. Mit Bürgermeister Alexander Schrüfer besuchten Dr. Silke Launert und Markus Täuber das Familienunternehmen.

**Aufseß.** Aufseß ist Genusort – doch durch die Corona-Pandemie ist auch in der Gemeinde die Gastronomie in die Krise gekommen. Bei einem Gemeindebesuch der Bundestagsabgeordneten Dr. Silke Launert bei Bürgermeister Alexander Schrüfer erzählte Ernst Rothenbach, Inhaber des Brauereigasthofs Rothenbach, von den Herausforderungen der Gastronomie. Die Unsicherheit während des Lockdowns sei für das Personal katastrophal gewesen. Viele hätten sich einen anderen Job gesucht, nun fehlen die Mitarbeiter an allen Ecken und Enden.

Auch die Gemeinde steht vor einer großen Herausforderung: Aufseß kann sich den Bau eines Kindergartens finanziell nicht leisten. Zu groß waren die Investitionen von rund 60 Millionen Euro für die Gesamtschule und 10 Millionen für die Grundschule. Mit dem Wegfall des größten Unternehmens und damit dem Wegbrechen von mehr als 80 Arbeitsplätzen, ist auch der größte Gewerbesteuerzahler verloren gegangen, sagte Bürgermeister Schrüfer.

Eine Lösung ist derzeit noch nicht in Sicht, doch wie Launert betonte, sei eine gute Kinderbetreuung für eine Kommune unerlässlich, um für junge Familien als Wohnort attraktiv zu sein. Dem stimmte der Bürgermeister zu. Die Kommune werde weiter an dem Problem arbeiten.

Neue Wege im Online-Handel gesucht, hat die Metzgerei Lindner. Isolde und Daniel Lindner verkaufen seit einigen Jahren vor allem Grillfleisch über ihren Online-Shop. Launert stattete der Metzgerei mit Schrüfer einen Besuch ab. Das Online-Geschäft habe die Metzgerei gut durch die Krise gebracht. An einem guten Tag verschickt Lindner zwischen 80 und 200 Pakete mit Wurst und Fleisch – natürlich in speziellen isolierten Boxen mit Kühlung. Für die Kunden aus ganz Deutschland importiert die Metzgerei auch Fleisch aus Amerika und Spanien. Mit dem Zusammenbruch der Lieferketten habe es jedoch auch Probleme beim Import gegeben. Die Metzgerei-Inhaber hoffen, dass sich die Lage bald wieder entspannt und es Stück für Stück mehr zurück zur Normalität geht.

Bei ihrem Gemeindebesuch besuchte die Bundestagsabgeordnete auch die Lehranstalt für Fischerei in Aufseß des Bezirks Oberfranken. Dr. Thomas Speierl, Leiter der Fachberatung, und Peter Meyer, Direktor der Bezirksverwaltung, zeigten Launert die Anlage. Die Lehranstalt ist Ausbildungsbetrieb, Aufzuchtstation und Forschungseinrichtung.

Im Mittelpunkt stehen Kurse und Fortbildungsveranstaltungen für Fischer, Teichwirte und Angelfischer sowie die fachgerechte Bewirtschaftung der Gewässer. Zur Lehranstalt gehören mehrere Freilandrundbecken, Forellen- und Karpfenteiche, ein großer Naturteich sowie das Fischbruthaus.



## Bundesprogramm „Sprach-Kitas“: Studentenkinderkrippe und Evangelische Kita Mistelgau erhalten je rund 30.000 Euro



**Berlin/Bayreuth.** Mit dem Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ fördert das Bundesfamilienministerium seit 2016 die alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Bundestagsabgeordnete Dr. Silke Launert macht darauf aufmerksam, dass nun zwei weitere Einrichtungen im Wahlkreis zur Bewilligung vorgesehen sind.

Die Studentenkinderkrippe in Bayreuth soll 30.080 Euro und die Evangelische Kita Mistelgau 31.253 Euro erhalten. Im Rahmen des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ können bundesweit 1.000 weitere zusätzliche Fachkräfte in Sprach-Kitas gefördert werden. Damit noch mehr Kinder von der alltagsintegrierten sprachlichen Bildungsarbeit in den Sprach-Kitas profitieren und die Folgen der Pandemie rasch überwunden werden können, stellt das Bundesfamilienministerium in den Jahren 2021 und 2022 weitere 100 Mio. Euro zur Verfügung.

„Sprache ist der Schlüssel, mit dem wir uns Wissen aneignen. Jedes Kind soll von Anfang an Zugang zu guten Bildungsangeboten haben“, sagt die Obfrau im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. In der Region haben bereits einige Einrichtungen von dem Bundesprogramm profitiert. Das Förderprogramm richtet sich an Kitas, die von einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Kindern mit besonderem sprachlichem Förderbedarf besucht werden. Ziel des Bundesprogrammes ist es, die Kita-Teams durch zusätzliche Fachkräfte mit Expertise im Bereich sprachliche Bildung zu verstärken. Zusätzlich finanziert das Programm eine Fachberatung, die begleitend die Qualitätsentwicklung in den Sprach-Kitas unterstützt.



# Mensch & Politik

## Dr. Silke Launert